



II-4202 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIV. Gesetzgebungsperiode

DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

Zl. 10 101/63-I/7/78

Wien, am 28. August 1978

Parlamentarische Anfrage Nr. 1967/J  
der Abgeordneten Dr. Pelikan, Dr. Kaufmann  
und Genossen betreffend Beiräte, Kommissionen  
und Projektgruppen

2007/AB

1978-08-29

zu 1967/J

An den  
Herrn  
Präsidenten des Nationalrates  
Anton BENYA

Parlament

In Beantwortung der schriftlichen Anfrage Nr. 1967/J,  
betreffend Beiräte, Kommissionen und Projektgruppen, die  
die Abgeordneten Dr. Pelikan, Dr. Kaufmann und Genossen  
am 29. Juni 1978 an mich richteten, beehre ich mich, fol-  
gendes mitzuteilen:

Zu Frage 1: "Welche der von Ihnen in der Anfragebeantwortung  
aus dem Jahre 1976 angeführten Projektgruppen,  
Beiräte und Kommissionen wurden seither aufge-  
löst  
a) wegen Abschluß der ihnen zugedachten Arbeiten ?  
b) aus welchen sonstigen Gründen ?

Aufgelöst wurden, da sie ihre Arbeit abgeschlossen haben:  
Die 5 Arbeitsgruppen für den gesamtösterreichischen Fremden-  
verkehr.

Der Arbeitsausschuß zur Vorbereitung des Österreichischen Frem-  
denverkehrstages 1976.

Das Projektteam Recycling (Arbeitsgruppe Verwertung von Alt-  
und Abfallstoffen) wurde zufolge organisatorischer Änderungen  
aufgelöst.

DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

Die Arbeitsgruppe Ölfeldseile wird vom Österreichischen Normungsinstitut weitergeführt.

Der vom "Ausschuß zur Ausarbeitung elektrotechnischer Sondervorschriften für den Bergbau" erstellte Entwurf wird nunmehr vom Österreichischen Verband für Elektrotechnik weiterbehandelt.

Die Arbeitsgemeinschaft Österreichischer Management-Institution wird als rechtlich selbständiger Verein weitergeführt.

Im April 1976 wurde ein interministerielles Beamtenskomitee für die Vorbereitung der Informationskampagne über Vor- und Nachteile von Kernkraftwerken gegründet und nach Erfüllung des Auftrages im Oktober 1977 aufgelöst.

Mit der Sicherstellung der Durchführung der aeromagnetischen Vermessung des Bundesgebietes hat die Arbeitsgruppe für die aeromagnetische Vermessung des Bundesgebietes ihre Arbeit beendet. Die Abwicklung des bereits in Angriff genommenen Projektes erfolgt nunmehr von der Akademie der Wissenschaften, etwa im Rahmen des ursprünglichen Arbeitskreises.

Im Konsumentenpolitischen Beirat werden Ausschüsse und Arbeitsgruppen im Allgemeinen formell nicht aufgelöst, sondern "ruhen", nachdem sie die ihnen gestellten Arbeiten beendet haben. Bei Bedarf können sie so jederzeit wieder einberufen werden. Daher zähle ich nachstehend jene Ausschüsse und Arbeitsgruppen auf, die derzeit "ruhen":

Dienstleistungsausschuß  
Ausschuß Zivilrechtlicher Konsumentenschutz  
Ausschuß "Verbesserung des Konsumentenschutzes"  
Ausschuß "Konsumentenerziehung"  
Arbeitsgruppe Schulische Konsumentenerziehung  
Arbeitsgruppe Fernschulen und Kurswesen  
Arbeitsgruppe Größentabellen

**DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE**

Arbeitsgruppe Chemische Konsumgüterverordnung  
Arbeitsgruppe "Produktdeklaration für Möbel" (pd-Möbel)  
Arbeitsgruppe Übernahme und Lieferbedingungen im  
Putzerei- und Wäschereigewerbe  
Arbeitsgruppe Kraftfahrzeugschlichtungsstelle  
Arbeitsgruppe Nettopreisverordnung

Der Deklarationsausschuß des Konsumentenpolitischen Beirates wurde dem Rechtsausschuß eingegliedert.

Zu Frage 2: "Zu welchen Ergebnissen führten die Arbeiten der von Ihnen damals angeführten Projektgruppen, Kommissionen und Beiräte?"

In der zentralen Arbeitsgruppe für die Beratung von Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Lehrlingsausbildung wurde auf Möglichkeiten der weiteren Verbesserung der Lehrlingshaltung anlässlich der Berufsausbildungsgesetz-Novelle 1978 Bedacht genommen.

Zum Komitee zur Erarbeitung von Grundlagen für eine Reform des Berufsausbildungsrechtes ist zu bemerken, daß ich aufgrund der in diesem Komitee in zahlreichen Verhandlungen erzielten Übereinstimmungen zwischen den Vertretern der Sozialpartner den Entwurf einer Berufsausbildungsgesetz-Novelle 1978 dem Nationalrat zugeleitet habe; er ist inzwischen Gesetz geworden; dasselbe gilt auch für die Gewerbeordnungs-Novelle 1978.

Konsumentenpolitischer Beirat

Ausschuß "Möbel und Wohnen":

Dieser Ausschuß hat als Arbeitsgruppe "pd-Möbel" seine Arbeit beendet.

Arbeitsgruppe "pd-Möbel":

Die Vorarbeiten für eine Produktdeklaration für Möbel wurden gemeinsam mit dem Verein für Konsumenteninformation geleistet.

**DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE**

Ausschuß Zivilrechtlicher Konsumentenschutz:

Die umfangreichen Vorarbeiten für den Entwurf des Konsumentenschutzgesetzes wurden in diesem Ausschuß geleistet. Das Ergebnis wurde dann der zuständigen Abteilung im Bundesministerium für Justiz zur weiteren Bearbeitung übermittelt.

Arbeitsgruppe Schulische Konsumentenerziehung:

Die Arbeitsgruppe erstellte Lehrplanentwürfe über das Thema Konsumentenerziehung in der Schule und übermittelte sie der zuständigen Abteilung des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst.

Die Konsumentenerziehungsthemen sind bereits in den Lehrplänen der Pädagogischen und der Berufspädagogischen Akademie gesetzlich verankert.

Weiters wurden im Berichtszeitraum folgende Ausschüsse und Arbeitsgruppen wieder einberufen oder neu gegründet und haben folgende Ergebnisse erbracht:

Arbeitsgruppe Fernschulen und Kurswesen:

Die Vorarbeiten für den Entwurf eines Fernschulgesetzes wurden abgeschlossen und der zuständigen Abteilung im Bundesministerium für Unterricht und Kunst zur Verfügung gestellt.

Arbeitsgruppe Größentabellen:

Ein Verordnungsentwurf für die Größenmaßtabellen von Damen-, Herren-, Mädchen und Knabenoberbekleidung wurde erarbeitet und zur letzten Akkordierung dem Textilausschuß zugeleitet.

Arbeitsgruppe Chemische Konsumgüterverordnung:

10 Verordnungsentwürfe, die chemische Konsumgüter betreffen, (feste, flüssige und pulverförmige Waschmittel), sowie die Novellierung der Chemischen Konsumgüterverordnung wurden erarbeitet, diskutiert und fertiggestellt.

**DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE**

Arbeitsgruppe Übernahme- und Lieferbedingungen im Putzerei- und Wäschereigewerbe:

Der in dieser Arbeitsgruppe vorbereitete Entwurf für Übernahme- und Lieferbedingungen im Putzerei- und Wäschereigewerbe diente in der Folge als Grundlage eines Übereinkommens über diese Bedingungen zwischen der zuständigen Bundesinnung und dem Verein für Konsumenteninformation.

Arbeitsgruppe Kraftfahrzeugschlichtungsstelle:

Aufgrund der Beratungen in dieser Arbeitsgruppe konnte erreicht werden, daß in allen Bundesländern Schlichtungsstellen für den Neu- und Gebrauchtwagenhandel eingerichtet wurden.

Arbeitsgruppe Nettopreisverordnung:

Diese Arbeitsgruppe hat mir empfohlen, die Gültigkeit der sogenannten "Nettopreisverordnung" um ein Jahr bis 31. März 1979 zu verlängern. Dieser Empfehlung habe ich mit der "Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 15. März 1978, mit welcher die Verordnung, mit der die Herausgabe von Preisempfehlungen untersagt wird, geändert wird" (BGBl. Nr. 148), Rechnung getragen.

Folgende Ausschüsse und Arbeitsgruppen haben im Berichtszeitraum getagt und Zwischenergebnisse erbracht und sind weiterhin aktiv:

Ausschuß Wirtschaftswerbung:

In diesem Ausschuß wurden bisher 6 Informationsbriefe für Werbetreibende, in denen Richtlinien empfehlenden Charakters über beispielsweise die Rolle des Kindes, der Frau oder des Mannes in der Werbung gegeben werden, erarbeitet und an ca. 5000 Werbetreibende verteilt.

**DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE**Rechtsausschuß:

Aufgrund von Vorschlägen des Ausschusses habe ich die Textil-kennzeichnungs-, Textilpflegekennzeichnungs- und die Schuhkennzeichnungsverordnung mit 1. Juli 1978 novelliert, ebenso die Verordnung über den Verkehr mit verpackten chemischen Konsumgütern. Außerdem wurde eine Verordnung aufgrund des § 35 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (Zurückbehaltung von Waren durch die Zollämter) erarbeitet und von mir mit 1. Juli 1978 in Kraft gesetzt.

Im Frühjahr des Jahres 1976 wurde vom Rechtsausschuß des Konsumentenpolitischen Beirates eine Arbeitsgruppe zur Neugestaltung der Konsumentenfibrel eingesetzt. Diese neugestaltete Konsumentenfibrel ist Ende 1976 erschienen. Diese hat bisher eine Auflage von 450 000 Stück, jedoch wurde bereits ein weiterer Druckauftrag für 130 000 Stück erteilt; davon werden 120 000 Stück dem Bundesministerium für Unterricht und Kunst für Schulen zur Verfügung gestellt.

Textilausschuß:

Im Juni 1977 wurden die Reihemessungen über die Wuchs- und Maßverhältnisse der weiblichen Bevölkerung in Österreich abgeschlossen und dem Ausschuß vorgelegt. Aufgrund dieser Ergebnisse konnten Größentabellen für Damen- und Mädchenoberbekleidung erstellt werden. Die Arbeitsgruppe Größentabelle erhielt den Auftrag, aufgrund der Maßtabellen einen Verordnungsentwurf zu erstellen.

Ladenschlußausschuß:

Aufgrund von Diskussionen in der Öffentlichkeit über eine eventuelle Änderung der Ladenschlußzeiten berief ich im Herbst 1976 den Ladenschlußausschuß neuerlich ein und ersuchte ihn, sich mit diesem Problem zu beschäftigen. Die Mitglieder dieses Ausschusses kamen überein, die Vergabe einer Meinungsumfrage

Blatt 7**DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE**

bei den Instituten Dr. Fessel und IFES zu empfehlen, um zu erkunden, welche Bedürfnisse bei den Konsumenten, den Handelsangestellten und den Händlern in dieser Frage bestünden. Die beiden obgenannten Institute legten dem Ausschuß ihre Umfrageergebnisse im April 1978 vor.

Juristengruppe:

Diese Arbeitsgruppe der Ständigen Kommission für Reisebürofragen hält einmal monatlich eine Sitzung ab und bearbeitet hierbei die neu eingelangten Reisebürobeschwerdefälle sowie die von einzelnen Reisebüros eingeholten und schriftlich abgegebenen Stellungnahmen zu bereits anhängigen Beschwerdefällen. In letzter Zeit werden monatlich rund 50 Beschwerdefälle behandelt. Seit Beginn der Arbeit der Juristengruppe im Jahr 1972 wurden bis Ende Juli 1978 683 Reisebürobeschwerden entgegengenommen. Viele Beschwerden müssen bis zu ihrer Erledigung in durchschnittlich drei bis vier Sitzungen besprochen werden, bevor eine angemessene Kulanzlösung vermittelt werden kann. Nur in Ausnahmefällen, wo entweder die Schadenforderungssummen zu hoch sind oder auch nach mehreren Vermittlungsversuchen noch immer Aussage gegen Aussage steht, muß dem Beschwerdeführer anheimgestellt werden, von der Beschreitung des Rechtsweges Gebrauch zu machen.

Arbeitsausschuß zur Vorbereitung des Österreichischen Fremdenverkehrstages 1976

Der Österreichische Fremdenverkehrstag wurde vom 15. bis 17. November 1976 abgehalten; der Arbeitsausschuß hat sämtliche organisatorische Arbeiten für das Zustandekommen der Veranstaltung durchgeführt und wurde nach Abhaltung des Fremdenverkehrstages wieder aufgelöst.

5 Arbeitsgruppen für den gesamtösterreichischen Fremdenverkehr  
(Sicherungskomitee, Fremdenverkehrsförderung, C-u.D-Betriebe, Steuervereinfachung, Fremdenverkehrsanalyse)

**DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE**

Die Arbeitsgruppen haben ihre Arbeit abgeschlossen und den zusammenfassenden Bericht "Maßnahmen für den Fremdenverkehr" erstellt.

Das Sicherungskomitee hat die Richtlinien und Vorgangsweise der Sicherungsaktion empfohlen.

Projektteam Recycling

(Arbeitsgruppe Verwertung von Alt- und Abfallstoffen)

Von den Ergebnissen, die erzielt wurden, wären die Herausgabe einer "Altrohstoffibel" sowie eine Studie über das Einsammeln von Autowracks zu erwähnen.

Der Arbeitsausschuß "Wirtschaftliche Landesverteidigung" hat am 27. und 28. Juni 1977 eine Tagung abgehalten, wobei als Schwerpunkt die Frage der Energieversorgung gewählt wurde. Auf diesem Sektor sind nicht nur die rechtlichen Grundlagen (Energienkungsgesetz sowie Erdöl-Bevorratungs- und-Meldegesetz) für Lenkungs- und Bevorratungsmaßnahmen weitgehend vorhanden, sondern konnte auch ein Energiekrisenmanagement einschließlich eines Notversorgungsplanes aufgebaut werden.

Zwischenergebnisse wurden auch in anderen Bereichen erzielt. So wurde eine "Produktenliste zur Erhaltung der Funktion des Privathaushaltes für den Fall einer Verminderung der Gesamtproduktion in den Anlaßfällen der ULV" erstellt, die nach Fertigstellung der Arbeiten vor allem für die Bevorratung auf dem Konsumgütersektor herangezogen werden kann. Auf dem Sektor der Ernährung wurden im Rahmen der Ernährungswirtschaftsplanung Modellspeisepläne und der Sollbedarf an Kalorien in Krisenzeiten, aufgegliedert nach bestimmten Bedarfsträgern, erarbeitet. Zu dem Problemkreis Finanz-, Budget- und Währungsfragen wurde ein Fragenkatalog erstellt, zu dem Lösungsvorschläge zu den einzelnen aufgeworfenen Fragen erarbeitet werden. In einem Planspiel werden sodann die im Fragenkatalog aufgeworfenen Fragen eingehend behandelt und festgestellt werden, welche Maßnahmen im Krisenfall zu treffen sind.



Blatt 9**DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE**

Im Jahre 1977 wurde der "Planungsstab für Wirtschaftliche Landesverteidigung" eingerichtet, der mir als Beratungsgremium zur Verfügung steht.

Der Planungsstab tritt alle vier bis sechs Wochen zusammen und hat den Auftrag, gutachtliche Vorschläge für eine funktionelle dezentrale Aufbau- und Ablauforganisation des wirtschaftlichen Krisenmanagements zu erstatten und befaßt sich darüber hinaus mit Öffentlichkeitsarbeit und Fragen der Ausbildung und Schulung.

Rohstofflenkungsausschuß

Am 15. Juni 1977 fand eine Sitzung des Rohstofflenkungsausschusses statt, bei der gemäß § 6 Abs. 6 des Rohstofflenkungsgesetzes 1951 i.d.g.F. eine neue Geschäftsordnung beschlossen wurde.

Beirat für den gewerblichen Rechtsschutz

Im Rahmen des Beirates wurden insbesondere die mit der Unterzeichnung sowie allfälligen Ratifikation des Europäischen Patentübereinkommens durch Österreich zusammenhängenden Fragen beraten. In diesem Zusammenhang wurde der Beirat auch über die Arbeiten des Interimsausschusses der Europäischen Patentorganisation sowie der von diesem eingesetzten Arbeitsgruppen informiert.

Weiters wurden im Rahmen des Beirates die Fragen, die mit der Revision der Pariser Verbandsübereinkunft verbunden sind, einer Beratung unterzogen.

Schließlich wurden im Rahmen des Beirates die mit der Ratifikation des Vertrages über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens (PCT) in Zusammenhang stehenden Fragen erörtert.

**DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE**

Der Ministerrat hat in seiner Sitzung vom 2. Mai 1978 beschlossen, das Europäische Patentübereinkommen (EPÜ), den Vertrag über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens (PCT) und den Entwurf eines Bundesgesetzes über die Einführung des Europäischen Patentübereinkommens und des Patentzusammenarbeitsvertrages (Patentverträge-Einführungsgesetz) dem Nationalrat zur verfassungsmäßigen Behandlung zuzuleiten. Der Handelsausschuß hat in seiner Sitzung vom 23. Juni 1978 die genannten Gesetzesentwürfe an einen Unterausschuß weitergeleitet.

Das interministerielle Beamtenskomitee für die Bergbauförderung hat laufend die eingelangten Anträge auf Gewährung von Beihilfen nach dem Bergbauförderungsgesetz behandelt. Durch die einvernehmlich getroffenen Entscheidungen konnten nicht nur eine gedeihliche Weiterentwicklung sowie Lösungen von Strukturproblemen sichergestellt, sondern bedeutende Investitionen (z.B. Neuerschließung des Großtagebaues auf Kohle in Oberdorf bei Voitsberg) durchgeführt und eine Intensivierung der Prospektion/Exploration (z.B. auf Kohle bei Höll-Deutsch-Schützen im südlichen Burgenland, auf Blei/Zink in Bleiberg-Kreuth usw.) bewirkt werden.

Die Projektgruppe zur Erstellung des Konzeptes für die Versorgung Österreichs mit mineralischen Roh- und Grundstoffen hat erforderliche, bisher zum Großteil nicht vorhandene Grundlagenarbeiten geleistet, die es ermöglichen, das gegenständliche Konzept demnächst fertigzustellen.

Die Arbeiten der Projektgruppe zur Koordinierung der Prospektion und Exploration auf uran- und thoriumhaltige Rohstoffe in Österreich haben einen Beitrag zur Intensivierung der diesbezüglichen Arbeiten, insbesondere durch die Gründung der neuen gemeinsamen Gesellschaften "Salzburger Uran Bergbau Ges.m.b.H. und Co. KG" sowie der "Uranerzbergbau in Österreich Ges.m.b.H. und Co. KG" geleistet.

Blatt 11

DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

Ebenso haben die Arbeiten der Projektgruppe Koordinierung der Prospektion und Exploration auf Kohle in Österreich zu wesentlich verstärkten Aufsuchungstätigkeiten sowohl im Bereich der bestehenden Kohlenbergbaureviere als auch außerhalb derselben, wie z.B. im Südburgenland, geführt.

Auf den Arbeiten der beiden letzten angeführten Projektgruppen, aber auch auf anderen Grundlagen aufbauend, wurde von einem interministeriellen Beamtenkomitee ein Konzept zur Koordinierung und Intensivierung der Aufsuchungstätigkeiten für fossile Energieträger in Österreich ausgearbeitet, das am 7. Juni 1977 vom Ministerrat zur Kenntnis genommen wurde.

Aufgrund der vorbereitenden Arbeiten des interministeriellen Beamtenkomitees für die Vorbereitung der Informationskampagne über Vor- und Nachteile von Kernkraftwerken, die u.e. auch die Zusammenstellung einer Informationsbroschüre - herausgegeben vom Bundespressdienst - über Kernenergie einschloß, wurde im Zeitraum Oktober 1976 bis Juni 1977 diese Informationskampagne durchgeführt. Nach Erfüllung des Auftrages wurde das Beamtenkomitee aufgelöst.

Vom Energiebeirat wurde im September 1976 der Energieplan verabschiedet.

Vom Beirat für sinnvollen Energieeinsatz (früher Energiesparbeirat) wurden die Studien "Einflüsse der Heizkostenverrechnung auf den Energieverbrauch", "Betriebswirkungsgrade von Heizsystemen des Hausbrandes" und "Kraft-Wärme-Kupplung im Bereich der öffentlichen Versorgung" fertiggestellt und bereits der Öffentlichkeit vorgestellt.

Weiters wurden Zwischenberichte über die Studien "Energieeinsparungsmöglichkeiten im Straßenverkehr" und "Energieeinsparungsmöglichkeiten in der wärmeintensiven Industrie" erstellt.

DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

Von der Arbeitsgruppe "Energieprognose und Prognosenmethodik" (früher Beirat für Energieprognose) wurden die Energieprognose bis 1990 sowie jährliche Energieprognosen - die letzte für 1978 - erstellt.

Zu Frage 3: "Welche Beiräte, Projektgruppen, Kommissionen, Konferenzen, Ausschüsse und sonstige Arbeitsgruppen bestehen in oder bei Ihrem Ministerium oder wurden seit der letzten Anfragebeantwortung errichtet, an denen auch Experten, Wissenschaftler, oder sonstige Personen außerhalb Ihres Ressorts mitarbeiten?"

Aus der Fragestellung glaube ich entnehmen zu können, daß nur Einrichtungen mit beratender Funktion erfragt werden. Daher habe ich Kollegialbehörden nicht in die nachstehende Liste der bestehenden Einrichtungen aufgenommen. Zu den Ausschüssen und Arbeitsgruppen des Konsumentenpolitischen Beirates weise ich darauf hin, daß ich jene Einrichtungen, die im Sinne meiner Ausführungen zur Frage 1 als "ruhend" zu bezeichnen sind, in nachstehende Liste ebenfalls nicht aufgenommen habe. Unter diesen Voraussetzungen bestehen bei meinem Ressort folgende Beiräte, Kommissionen, Ausschüsse und Arbeitsgruppen, an denen auch ressortfremde Personen mitarbeiten:

Außenhandelsbeirat

Beirat nach dem Antidumpinggesetz (früher Antidumpingbeirat)

Beirat nach dem Antimarktstörungsgesetz (früher Antimarktstörungsbeirat)

Arbeitsgruppe für Vereinfachung der Verfahren im Außenhandel

Arbeitsgruppe "Landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte"

Beirat nach dem Zuckerförderungsgesetz  
(früher Beirat zur Förderung der Zuckerverwertung und  
Stärkeförderung)

Arbeitskreis "Bundesweite Finanzierungseinrichtungen für  
die Industrie"

Beirat nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz 1969

Blatt 13**DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE**

Ausschuß "Förderung von Betriebsneugründungen und -übernahmen"

Zentrale Arbeitsgruppe für die Beratung von Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Lehrlingsausbildung

Komitee zur Erarbeitung von Grundlagen für eine Reform des Berufsausbildungsrechtes

Preiskommission

Konsumentenpolitischer Beirat

Rechtsausschuß

Arbeitsgruppe "Austrifizierung des Gütezeichenrechtes"

Arbeitsgruppe "pd-Ski-Sicherheitsbindungen"

Ausschuß Wirtschaftswerbung

Arbeitsgruppe "Werbeanalyse"

Wettbewerbsausschuß

Ständige Kommission für Reisebürofragen

Juristengruppe

Arbeitsgruppe "Verbindliche Reisebedingungen"

Textilausschuß

Arbeitsgruppe "Leicht entflammbare Textilien"

Ladenschlußausschuß

Ausschuß "Strukturwandel im Handel"

Kuratorium des Österreichischen Fremdenverkehrs

Interministerielles Komitee "Ferienstaffelung"

Arbeitsgruppe zur Vorbereitung und Durchführung der Aktion  
"Bergerlebnis"

Arbeitskreis "Design"

Arbeitsausschuß für Wirtschaftliche Landesverteidigung

Planungsstab für Wirtschaftliche Landesverteidigung

Rohstofflenkungsausschuß

Staatliche Wirtschaftskommission nach dem Arbeitsverfassungsgesetz

Interministerielles Komitee für Investoreninformation (früher  
Interministerieller Beamtensausschuß für Investorenwerbung)

Beirat für den Gewerblichen Rechtsschutz

Interministerielles Beiratskomitee für die Bergbauförderung

**DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE**

Interministerielles Beamenkomitee für den Vollzug des Lagerstättengesetzes

Projektgruppe für die Erstellung eines Konzeptes für die Versorgung Österreichs mit mineralischen Roh- und Grundstoffen

Interministerielles Beamenkomitee für die Erstellung eines Konzeptes zur Koordinierung der Untersuchungstätigkeiten bei fossilen Energieträgern

Projektgruppe zur Koordinierung der Prospektion und Exploration auf uran- und thoriumhaltige Rohstoffe in Österreich

Projektgruppe zur Koordinierung der Prospektion und Exploration auf Kohle in Österreich

Koordinierungskomitees für die Rohstoffsicherung und -forschung, mit den Bundesländern Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol und Wien, gemeinsam mit dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung (Die Gründung eines derartigen Komitees mit dem Bundesland Vorarlberg ist im Zuge).

**Energiebeirat**

Expertengruppe "Elektrische Energie"  
(früher Arbeitskreis Elektrizitätswirtschaft)

Expertengruppe "Erdölwirtschaft"  
(früher Arbeitskreis Flüssige Brennstoffe)

Expertengruppe "Gaswirtschaft"  
(früher Arbeitskreis Gasförmige Brennstoffe)

Expertengruppe "Feste Brennstoffe"

Beirat für sinnvollen Energieeinsatz  
(früher Energiesparbeirat)

Expertengruppe "Industrie"  
(früher Arbeitskreis Wärmeintensive Industrie)

Expertengruppe "Verkehr"

Expertengruppe "Hauswirtschaft"  
(früher Arbeitskreis Private Haushalte)

Arbeitsgruppe "Betriebswirkungsgrade von Raumheizungsanlagen"

Expertengruppe "Heiz-Kraft-Kupplung in der öffentlichen Energieversorgung"

Arbeitsgruppe "Fernwärme"

Expertengruppe "Wirtschaftlicher Einsatz von Wärmepumpen"

**DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE**

Arbeitsgruppe "Energieprognose und Prognosenmethodik"  
(früher Beirat für Energieprognose)

Arbeitsgruppe "Planungsmethodik"

Energielenkungsbeirat

Lastverteilungsbeirat

Elektrizitätsförderungsbeirat

Interministerielles Beiratskomitee zur Frage der Energie-  
einsparung

Zu Frage 4: "Welches Timing wurde diesen Gruppen hinsichtlich  
ihres Arbeitsablaufes vorgegeben bzw. welches  
Timing haben sich diese Gruppen selbst gesetzt?"

Folgende Beiräte bestehen aufgrund bundesgesetzlicher Vor-  
schriften und haben die ihnen vom Gesetzgeber übertragenen  
Aufgaben zu erfüllen:

Außenhandelsbeirat

Beirat nach dem Antidumpinggesetz

Beirat nach dem Antimarktstörungsgesetz

Beirat nach dem Zuckerförderungsgesetz

Beirat nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz

Preiskommission

Rohstofflenkungsausschuß

Staatliche Wirtschaftskommission nach dem Arbeitsver-  
fassungsgesetz

Energielenkungsbeirat

Lastverteilungsbeirat

Elektrizitätsförderungsbeirat

Zu den übrigen Einrichtungen möchte ich generell darauf hin-  
weisen, daß diese primär zu dem Zweck eingerichtet wurden,  
für anstehende Probleme Lösungen zu suchen, die für alle Betrof-  
fenen annehmbar sind. Da solche Lösungen kaum unter Zeitdruck  
zustandekommen können, lehne ich es grundsätzlich ab, den Ein-  
richtungen Termine für den Abschluß ihrer Beratungen vorzugeben.

**DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE**

Darüber hinaus sind folgende Beiräte etc. als Dauereinrichtungen vorgesehen:

Ausschuß "Förderung von Betriebsneugründungen und -übernahmen"  
Zentrale Arbeitsgruppe für die Beratung von Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Lehrlingsausbildung  
Komitee zur Erarbeitung von Grundlagen für eine Reform des Berufsausbildungsrechtes  
Konsumentenpolitischer Beirat  
Arbeitsausschuß für Wirtschaftliche Landesverteidigung  
Planungsstab für Wirtschaftliche Landesverteidigung  
Interministerielles Komitee für Investoreninformation  
Beirat für den gewerblichen Rechtsschutz  
Interministerielles Beamtenkomitee für die Bergbauförderung  
Interministerielles Beamtenkomitee für den Vollzug des Lagerstättengesetzes  
Energiebeirat  
Beirat für sinnvollen Energieeinsatz  
Arbeitsgruppe "Energieprognose und Prognosenmethodik"  
Arbeitsgruppe "Planungsmethodik"  
Interministerielles Beamtenkomitee zur Frage der Energieeinsparung

Die Projektgruppen "Koordinierung der Prospektion und Exploration auf Kohle in Österreich" und "Koordinierung der Prospektion und Exploration auf uran- und thoriumhältige Rohstoffe in Österreich" sowie das "Koordinierungskomitee für die Rohstoffsicherung und -forschung, mit den Bundesländern Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol und Wien, gemeinsam mit dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung" sind bis auf weiteres kontinuierlich tätig; die Termine ergeben sich aufgabenbedingt.

Folgende Einrichtungen sind zwar grundsätzlich auf Dauer gedacht, werden jedoch nur dann einberufen, wenn konkrete Pro-



Blatt 17

DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

bleme anstehen:

Österreichische Arbeitsgruppe für die Vereinfachung der  
Verfahren im Außenhandel

Arbeitsgruppe "Landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte"

Arbeitskreis "Bundesweite Finanzierungseinrichtungen für  
die Industrie"

Kuratorium des österreichischen Fremdenverkehrs

Das Interministerielle Komitee "Ferienstaffelung" hat sich die  
Verkehrsentflechtung für die Monate Juni, Juli zum Ziele ge-  
setzt, woraus sich auch der Zeitplan der Arbeiten ergibt.

Die Arbeitsgruppe zur Vorbereitung und Durchführung der Aktion  
"Bergerlebnis" erarbeitet Grundsätze für die Aktion "Geführtes  
Wandern" bis Sommer 1979.

Das dem Arbeitskreis "Design" vorgegebene Timing lautet, in  
möglichst kurzer Zeit die österreichische Design-Politik neu  
zu überdenken und zu definieren sowie einen Maßnahmenkatalog  
hiezuhin auszuarbeiten.

Das Konzept zur Versorgung Österreichs mit mineralischen Roh-  
und Grundstoffen wird von der Projektgruppe für die Erstellung  
eines Konzeptes für die Versorgung Österreichs mit minerali-  
schen Roh- und Grundstoffen etwa bis Ende 1978, spätestens An-  
fang 1979 fertiggestellt sein. Dieses Konzept soll anschließend  
periodisch aktualisiert werden.

Die Aktualisierung des vom Interministeriellen Beamtenkomitee  
für die Erstellung eines Konzeptes zur Koordinierung der Unter-  
suchungstätigkeiten bei fossilen Energieträgern erarbeiteten  
Konzeptes zur Koordinierung und Intensivierung der Aufsuchungs-  
tätigkeit für fossile Energieträger in Österreich wird im Herbst  
1978 begonnen werden und soll womöglich bis zum Ende des genann-  
ten Jahres abgeschlossen sein.

DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

Zu Frage 5: "Welcher Budgetrahmen steht diesen Gruppen für ihre Arbeit zur Verfügung bzw. mit welcher Kostenhöhe wurden sie veranschlagt?"

Zur finanziellen Bedeckung der im Gewerbestrukturverbesserungsgesetz 1969 vorgesehenen Maßnahmen standen bisher jährlich Mittel in der Höhe von 5 vom Hundert der Einnahmen aus der Bundesgewerbesteuer des dem jeweiligen Finanzjahr zweitvorangegangenen Finanzjahres zur Verfügung. Diese erhöhen sich ab 1979 auf 7,5 %. Für 1978 steht ein Budgetrahmen in der Höhe von S 301,119.000,- zur Verfügung.

Der Budgetrahmen für die Aktion "Förderung von Betriebsneugründungen und -übernahmen" beträgt im Jahr 1978 30 Mio S.

Nach dem Bundesfinanzgesetz 1978 stehen für die Bergbauförderung im laufenden Jahr 216 Mio. S zur Verfügung.

Für die Vollziehung des Lagerstättengesetzes wurden im Bundesfinanzgesetz 1978 erstmals 10,0 Mio. S veranschlagt. Davon haben mein Ressort sowie das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung je 5,0 Mio. S bereitgestellt.

Für die Rohstoffsicherung wurden im Bundesfinanzgesetz 1978 5,0 Mio. S vorgesehen. Als Anteil meines Ressorts werden daraus 2,0 Mio. S für die aeromagnetische Vermessung des Bundesgebietes bereitgestellt.

Dieses Vorhaben wird als Gemeinschaftsprojekt zwischen dem Bund, den Bundesländern und der Industrie durchgeführt und finanziert. Das Gesamterfordernis beläuft sich auf rd. 12 Mio. S, verteilt auf 4 Jahre.

**DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE**

Zu Frage 6: "Wie lauten die Namen jener Personen, die im Rahmen einer der angeführten Projektgruppen, Beiräte, Kommissionen, Konferenzen, Ausschüsse und sonstigen Arbeitsgruppen mitarbeiten oder seit Jänner 1976 mitgearbeitet haben, ohne Beamte Ihres Ressorts zu sein?"

In den unter Frage 3 angeführten Einrichtungen arbeiten mit:

Außenhandelsbeirat

Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten:  
Leg.Sekr. Dr. Kurt Spallinger  
Ges. Dr. Johann Dengler

Bundesministerium für soziale Verwaltung:  
Sekt.Rat Dr. Karl Bokisch  
Dkfm. Liana Pollak

Bundesministerium für Finanzen:  
Min.Rat Dr. Reichenfelser  
Sekt.Rat Dr. Stierle

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft:  
Min.Rat Dvw. Oemer  
Min.Sekr. Dr. Thomas Kastinger

Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft:  
Dr. Walter Ertl  
Dkfm. Weihs-Rihl

Österreichischer Arbeiterkammertag:  
Dr. Zöllner  
Dvw. Krywult

Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs:  
Dipl.Ing. Walter Kucera  
Dr. Leo Szlezak

Bundesländervertreter:  
Rechn.Rev. Hoppaus - Amt der Steiermärkischen Landesregierung  
Amtssek. Buttinger - Amt der Salzburger Landesregierung

Österreichische Nationalbank:  
Inspektor Albert Leeb  
Margarethe Gärtner

Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz:  
Min.Rat Dr. Paul Ita  
Min.Rat Dr. Hans Bach

**DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE**

Beirat nach dem Antidumpinggesetz bzw. nach dem Antimarkt-  
störungsgesetz

Bundesministerium für Inneres:

Min. Rat Dr. Walter Kölbl  
Wirkl. Hofrat Walter Neuwirth

Bundesministerium für soziale Verwaltung:

Sekt. Rat Dkfm. Dr. Karl Bokisch  
Min. Rat Dr. Günther Steinbach  
Ob. Koär. Dr. Walter Sitek  
VB. Mag. Helmut Höpflinger

Bundesministerium für Finanzen:

Min. Rat Dr. Herbert Rieder  
Min. Rat Dr. Friedrich Basalka  
Min. Rat Dr. Huber  
Reg. Rat Halmer

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft:

Min. Rat Dvw. Franz Oemer  
Min. Sekr. Dr. Thomas Kastinger

Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft:

Dr. Friedrich Gleissner  
Dr. Walter Ertl  
Dr. Josef Schwarz  
Mag. Mayr  
Herr Schnabl

Österreichischer Arbeiterkammertag:

Dvw. Josef Krywult  
Dr. Otto Zöllner  
Sokr. Marcon

Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs:

Dipl. Ing. Walter Kucera  
Dr. Leo Szlezak

Österreichischer Gewerkschaftsbund:

Dr. Erich Schmidt  
Dkfm. Ludwig Sperlich  
Mag. Tumpel

Vereinigung Österreichischer Industrieller:

Dr. Gerhard Weber (als Sachverständiger)

**DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE**

Arbeitsgruppe für Vereinfachung der Verfahren im Außenhandel

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft:  
w. AR. Harzer

Bundesministerium für Finanzen:  
Min. Rat Dr. Kallinger  
Zolldir. Vogler  
AR. Marosi

Bundesministerium für Verkehr:  
MR Dr. Petermann  
MR Dr. Knauthé

Bundesministerium für Bauten und Technik:  
MR Dipl. Ing. Krenn

Österreichisches Statistisches Zentralamt:  
Oberrat Dr. Hanslik  
Reg. Rat Wirth

Österreichische Nationalbank:  
Insp. Magnes

Generaldirektion der Österreichischen Bundesbahnen:  
Ob. Insp. Bröthaler  
Hofrat Waitzer

Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft:  
Herr Schöner

Österreichisches Normungsinstitut:  
Dipl. Ing. Waldhauser

Der "Arbeitsgruppe landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte" gehören nicht namentlich bestellte Vertreter der beteiligten Ressorts, der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, des Österreichischen Arbeiterkammertages, der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs, des Österreichischen Gewerkschaftsbundes sowie Vertreter der betroffenen industriellen und gewerblichen Betriebe an.

Beirat nach dem Zuckerförderungsgesetz

Bundesministerium für Finanzen:  
MR Dr. Kaber  
MOK Dr. Ditzfurth

**DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE**

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft:  
SR Dkfm. Dr. Belz  
MOK Dr. Seibold

Österreichischer Arbeiterkammertag:  
Dkfm. Blaha  
Dipl.Ing. Weihs

Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft:  
Dr. Ertl  
Dr. Schwarz

Österreichischer Gewerkschaftsbund:  
Mag. Tumpel  
Dr. Schmidt

Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs:  
Dr. Korbl  
Dr. Szlezak

Arbeitskreis "Bundesweite Finanzierungseinrichtungen für  
die Industrie"

Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft:  
Dkfm. Günther Kahler

Österreichische Kommunalkredit AG:  
Dir. Dr. Peter Schramke

Österreichische Investitionskredit AG:  
Dir. Dr. Harald Lang

Bundesministerium für Finanzen:  
MR Dr. Erich Staringer

Bundesministerium für soziale Verwaltung:  
SCh. Franz Lenert  
Dr. Horst Bednar

Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft:  
Dr. Helmut Dorn  
Dr. Endree Ivanka  
Dr. Kurt Bronold

Österreichische Kontrollbank AG:  
Gen.Dir. Dr. Helmut Haschek

EE-Fonds:  
Dkfm. Dr. Jörg Schram

Blatt 23

DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

Vereinigung Österreichischer Industrieller:  
Dr. Peter Kapral

Bundeskanzleramt:  
MR Dr. Franz Mülner  
DDr. Gottfried Zwerenz

Hauptverband der Österreichischen Sparkassen:  
Dr. Klaus Goschler

Bürgschaftsfonds der Kleingewerbekreditaktion  
des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und  
Industrie, Ges.m.b.H.

Beirat nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz 1969

Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft:  
DDr. Heinrich Kopecky  
Dr. Leopold Ehrenberger  
Dr. Hackl  
Komm.Rat Ferdinand Mayr  
Landessekr. Fritz Honay

Österreichischer Arbeiterkammertag:  
Sekt. Herbert Janak  
Dkfm. Wilhelmine Goldmann

Aktion "Förderung von Betriebsneugründungen und -übernahmen"

Bundesministerium für Finanzen:  
MR Dr. Walter Kaber  
Arev. Knuth Beitzl

Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft:  
Dr. Michaela Dorfwirth  
Dr. Peter Zacherl

Österreichischer Arbeiterkammertag:  
Dkfm. Wilhelmine Goldmann  
Mag. Robert Samsinger

Zentrale Arbeitsgruppe für die Beratung von Maßnahmen zur  
weiteren Verbesserung der Lehrlingsausbildung

Bundesministerium für Unterricht und Kunst:  
MR Dipl.Ing. Werner John  
MR Mag.phil. Josef Radlegger  
Prof. Mag. Dr. Ernst Rauch

**DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE**

Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft:  
Abs.jur. Hans Fink  
Dr. Georg Piskaty  
Dr. Martin Meches

Österreichischer Arbeiterkammertag:  
Sekretär Dr. Friedrich Neuwirth

Österreichischer Gewerkschaftsbund:  
Sekretär Friedrich Verzetnitsch

Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter:  
Sekretär Walter Weigl

Komitee zur Erarbeitung von Grundlagen für eine Reform  
des Berufsausbildungsrechtes

Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft:  
Abs.jur. Hans Fink  
Dr. Martin Meches  
Dr. Georg Piskaty  
Dr. Winkler

Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien:  
Kammeramtsdir. DDr. Karl Kehrer

Österreichischer Gewerkschaftsbund:  
Sekretär Leopold Huber  
Sekretär Friedrich Verzetnitsch

Österreichischer Arbeiterkammertag:  
Sekretär Dr. Friedrich Neuwirth  
Sekretär Patzold

Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter:  
Sekretär Walter Weigl

Preiskommission

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft:  
MR Dipl.Ing. Limberger  
MR Dipl.Ing. Zimmerl

Bundesministerium für Finanzen:  
MR Dr.jur. Mehrfeld  
SR Dr.jur. Ferchenbauer

Bundesministerium für soziale Verwaltung:  
SR Dr. Bokisch



**DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE**

Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft:  
Dr. jur. Rief  
Dr. jur. Farnleitner  
Dr. Vavra

Österreichischer Arbeiterkammertag:  
Dkfm. Blaha  
Dipl. Ing. Weihs  
Skr. Hruby  
Dr. Maurer

Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs:  
Dipl. Ing. Altmann  
Ing. Astl

Konsumentenpolitischer Beirat

Dipl. Ing. Ingobert Altmann  
Dr. Gottfried Mold  
Präsident LAbg. Komm. Rat Dr. Erich Ebert  
Inge Görner  
Dr. Fritz Koppe  
Dr. Eva Preis  
Ing. Alfred Satran  
Red. Alois Seebacher  
Dr. Werner Schindl  
Dipl. Ing. Hannes Spitalsky  
Dkfm. Hermann Blaha  
Präsident Komm. Rat Carl Hans Schönbichler  
Prof. Dr. Herbert Mittag  
Dr. Alfred Catharin  
Stadtschulratspräsident Dr. Hermann Schnell  
Dr. Heinz Kosesnik-Wehrle  
Norbert Knittler  
Dr. Gerhard Karsch  
Dr. Ladislaus Blaschek  
Dr. Johann Farnleitner  
Dr. Franziska Smolka  
Verbandsdirektor Prof. Dkfm. Dr. Anton E. Rauter  
Komm. Rat Franz Zach  
Min. Rat Dr. Leopold Rettinger

DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

Rechtsausschuß

Dr. Werner Schindl  
Dr. Peter Ruth  
Dr. Gottfried Mold  
Dr. Johann Farnleitner  
Dr. Ladislaus Blaschek  
Dr. Gerhard Karsch  
Dr. Hanns Waas  
Dr. Fritz Koppe  
Dr. Stefan Kloss  
Dr. Evelyn Hammerschmid  
Dr. Karl Heinz Waysocher  
Dr. Franziska Smolka  
Hr. Norbert Knittler  
Dr. Emmanuel Guber  
Dr. Walter Meinhart

Arbeitsgruppe "Austrifizierung des Gütezeichenrechtes"

Dr. Johann Farnleitner  
Dr. Gerhard Karsch  
Dr. Franziska Smolka  
Dr. Fritz Koppe  
Hr. Norbert Knittler  
Dr. Peter Ruth  
Min.Rat Dr. Gertrude Heider  
Hr. Dr. Dittenberger  
  
Experte:  
Dr. Friedrich Mayer

DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

Arbeitsgruppe "pd-Ski-Sicherheitsbindungen"

Dr. Evelyn Hammerschmid  
Komm.Rat Dkfm. Josef Dobias  
Gustav Zink  
Dr. Josef Berger  
Dkfm. Georg Korfmacher  
Prok. Ing. Edgar Pöllmann  
Dipl.-Ing. Josef Svoboda  
Dr. Franziska Smolka  
Ing. Franz Gibler

Ausschuß "Wirtschaftswerbung"

Dipl.-Ing. Ingobert Altmann	Dr. Gottfried Mold
Dr. Gerhard Karsch	Ditmar Wenty
LABg. Johanna Dohnal	Dr. Andreas Mirtl-Golja
Dr. Helmut Glas	Karl Ernst Mothwurf
Helmut Kolroser	Klaus Podboy
Dr. Emanuel Guber	Dr. Rosemarie Kern
DDr. Hanns Hetl	Dkfm. Ing. Karl König
Dr. Fritz Koppe	Robert Marcon
Prof. Dr. Herbert Mittag	Norbert Knittler
Dr. Eva Preiß	Dkfm. Dr. Edith Zimmermann
Ing. Alfred Satran	Ferdinand Stürgkh
Prof. Dr. Friedrich Swoboda	Direktor Dkfm. Rudolf Schmidt
Dkfm. Dr. Günter Schweiger	Mag. Karl Kollmann
Dkfm. Hermann Blaha	

**DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE**

Arbeitsgruppe Werbeanalyse

Robert Marcon	Ferdinand Stürgkh
Klaus Podboj	Dr. Emanuel Guber
Dr. Eva Preiß	Ditmar Wenty
Dr. Franziska Smolka	Dr. Gottfried Mold
Prof. Dr. Herbert Mittag	Dr. Gerhard Karsch
Prof. Dr. Friedrich Swoboda	Norbert Knittler
Dkfm. Dr. Edith Zimmermann	Direktor Dkfm. Rudolf Schmidt

Wettbewerbsausschuß

Dr. Ladislaus Blaschek	Hr. Norbert Knittler
Präs. Abg. Komm.Rat Dr. Erich Ebert	Dr. Erich Schmidt
Dr. Johann Farnleitner	Dr. Franziska Smolka
Dr. Klaus Hecke	Dr. Fritz Koppe
Inge Görner	Dr. Heinz Kosesnik-Wehrle
Dr. Otto Obendorfer	Dr. Werner Schindl
Leopold Damianisch	Dr. Karl Mayrhofer
Dipl.Ing. Ingobert Altmann	Dr. Hans Zikeli
Dr. Ernst Massauer	Gen.Sekr. Dr. Otto Trautmann
Dr. Gottfried Mold	Dipl.Kfm. Gerhard Kriesten
Dr. Wolfgang Cermak	

"Ständige Kommission für Reisebürofragen"

Dr. Oskar Hueber	Komm.Rat Harry Schachner
Reg.Rat Bochdansky	Komm.Rat Karl Raml
Komm.Rat Walter Figdor	Dr. Gottfried Mold
Dr. Klaus Neuhuber	Dr. Gerhard Fuhrmann
Dr. Friedrich Praschinger	Dr. Wolfgang Cermak
abs.jur. Peter Christian Dorner	Direktor Othmar Luczensky
Dr. Fritz Koppe	Dr. Erich Csebrenyak
Ing. Alfred Satran	Min.Rat Dr. Peter Reindl
Dr. Heinz Kosesnik Wehrle	
Komm.Rat Karl Dexinger	

DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

Juristengruppe

Dr. Klaus Neuhuber  
abs.jur. Peter Christian Dorner  
Ing. Alfred Satran  
Dr. Heinz Kosesnik-Wehrle

Arbeitsgruppe "Verbindliche Reisebedingungen"

Dr. Klaus Neuhuber	Komm.Rat Karl Raml
abs.jur. Peter Christian Dorner	Dr. Friedrich Praschinger
Ing. Alfred Satran	Dr. Franziska Smolka
Dr. Heinz Kosesnik-Wehrle	Direktor Peter Hrabac
Min.Rat Dr. Peter Reindl	Norbert Knittler
Komm.Rat Walter Figdor	Dr. Oskar Hueber
Dr. Fritz Koppe	

Textilausschuß

Dr. Alfred Catharin	Harald Ettl
Christine Bauer-Engel	Dr. Walter Schwarz
Ekkehard Böwing	Landesinnungsmeister
Julian Griehl	Julius Schöttner
Landesinnungsmeister	Landesinnungsmeister
L.Abg. Johanna Dohnal	Friedrich Minihofer
NR Dr. Marga Hubinek	Dipl.Ing. Hannes Spitalsky
Hedy Immervoll	Herbert Nimeth
Dr. Fritz Koppe	Vorsteher
Komm.Rat Ernst Krebs	Wolfgang Leopold
Herbert Olechowski	Kurt Turek
Dr. Hadmar Repa	Komm.Rat Franz Wlasak
Karl Hans	Bundesinnungsmeister
Dr. Franziska Smolka	Prof. Dipl.Ing. Wilhelm Herzog

## Experten:

Dr. Werner Dünser	Margarete Salomon
Christoph Haidinger abs.Jur.	Richard Schnabl
Ing. Helga Moser	Bundesministerium für Finanzen
Dr. Oskar Rick	Sektion III Abteilung 3

DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

Arbeitsgruppe "Leicht entflammbare Textilien"

Dr. Hadmar Repa	Friedrich Minihofer
Dir. Ing. Konrad Blaschka	Vorsteher Herbert Nimeth
Dr. Alfred Catharin	Ignaz Ruso
Ing. Herbert Ehrenguber	Julius Schöttner
Dr. Friedrich Gotschy	Dr. Walter Schwarz
Karl Hans	Dir. Karl Schweighofer
Prof. Dipl.Ing. Wilhelm Herzog	Dipl.Ing. Hannes Spitalsky
Friederike Holzer	Mag. Helmut Stummer
Komm.Rat Ernst Krebs	Komm.Rat Franz Wlasak

Experten:

Dr. Werner Dünser  
Dr. Karl Faustmann  
Wolfgang Leopold  
Peter März  
Dr. Oskar Rick  
Margarete Salomon  
Kurt Turek

Ladenschlußausschuß

Dr. Werner Schindl	Dr. Richard Schmitz
Dipl.Ing. Ingobert Altmann	Dr. Paul Kupka
Dr. Ernst Massauer	Komm.Rat Harry Jodlbauer
Robert Freitag	Willi Rehberg
Dr. Bernhard Schwarz	Dr. Fritz Koppe
Präsident Komm.Rat Carl Hans Schönbichler	

Ausschuß "Probleme des Strukturwandels im Handel"

Dr. Fritz Koppe	Johanna Dohnal
Dipl.Ing. Hannes Spitalsky	Dr. Edith Krebs
Heinz Nittel	Dr. Rainer Moritz

**DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE**

Komm. Rat Franz Zach	Dr. Gerhard Karsch
Dir. Dkfm. Dr. Erich Höllerl	Robert Freitag
Dkfm. Dr. Erwin Pock	Dr. Erich Schmidt
DDr. Heinrich Kopecky	Mag. Werner Muhm
Dr. Stefan Kloss	Dr. Anton E. Rauter
Dr. Johann Farnleitner	Dr. Karl Mayrhofer

Kuratorium des Österreichischen Fremdenverkehrs

Dem Kuratorium des Österreichischen Fremdenverkehrs gehören nicht namentlich bestellte Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Bundesländer, der Arbeitsgemeinschaft der Verbände der Österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft sowie des Österreichischen Gemeindebundes und des Österreichischen Städtebundes an.

Außerdem nehmen am Kuratorium Vertreter der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, des Österreichischen Arbeiterkammertages, der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs und des Österreichischen Gewerkschaftsbundes teil.

"Interministerielles Komitee Ferienstaffelung" (Komitee zur Verkehrsentflechtung in den Monaten Juni, Juli)

MR Dr. Viktoria Bernard	Waltraud Kölbel
MR Dr. Gottfried Braune	Gfhr. Gerold Korherr
Dr. Kurt Broer	H. Michael Kreitmayer
abs.jur. Frank Dr. Christe	H. Peter Kudlicza
Prok. Elfriede Denk	Dipl. Ing. Roderich Regler
Dr. Gerhard Fuhrmann	H. Fritz Riha
H. Harald Gregor	ROrev. Christian Rosmann van
BKoär. Dipl. Ing. Dr. Heinz Kaupa	Goetkhem
H. Heinrich Keller	Obstl. Gerhard Schmiedl

**DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE**

Arbeitsgruppe zur Vorbereitung und Durchführung der Aktion  
"Bergerlebnis"

Josef Saftner

Karl Ölmüller

Dr. Peter Brand

Mag. Hans Kaippel

Dkfm. Gerda Risch

Dr. Platzer

AR Walter Kettner

Dr. Peter Reindl

Erich Lackner

Aichinger

Frankhauser

Rabensteiner

E. Rabofsky

HR Dr. Hlous

Dipl.Ing. Gehmacher

Arbeitskreis "Design"

Der Arbeitskreis Design setzt sich aus von meinem Ressort persönlich eingeladenen sowie aus entsandten Vertretern von an der Designentwicklung interessierten Institutionen zusammen. Der Kreis der Teilnehmer ist offen und kann jederzeit geändert werden. Den Vorsitz im Arbeitskreis führt Architekt Prof. Dipl.Ing. Carl Auböck.

Seit der Gründung des Arbeitskreises "Design" im Mai 1977 haben in 4 Arbeitssitzungen folgende Personen, die nicht Beamte meines Ressorts sind, teilgenommen:

Prof. Arch. Dipl.Ing. Carl Auböck

Prof. Dipl.Ing. Karl Mang

Ing. Manfred Bene

Prof. Ernst Beranek

Dr. Charlotte Blauensteiner

o.Prof.Mag.Arch.Ing. Fritz Goffitzer

Dieter Berdel

Hans Hovorka

Dr. Peter Pruner

Prof. Horst Meru

Dr. Herbert Reiger



Blatt 33

**DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE**

Dir. Salzbrunn	Sekt.Rat Dkfm. Dr. Karl Bokisch
Dr. Erich Dorffner	o.Prof. Dipl.Ing. Hans Hollein
Dr. Wolfgang Swoboda	Prof. Dipl.Ing. Herbert Witte
Dr. Franziska Smolka	Dr. Irene Homrighausen
Dipl.Vw. Josef Krywult	Dr. Helga Zimmermann-Wanivenhaus
Ing. Margarete Zotter	Dr. Wolfgang Michtner
Dipl. Vw. Ingomar Kunz	o.Prof. Dr. techn.
Min.Rat Dipl.Ing. Josef Golliasch	Dipl.Arch. Justus Dahinden
	Prof.Dipl.Ing. Laurids Ortner

Arbeitsausschuß für wirtschaftliche Landesverteidigung

Bundeskanzleramt, Abteilung Koordination der ULV

Bundeskanzleramt, Sektion IV  
verstaatlichte Unternehmungen,  
MR Ding. Hubert Schachinger

Bundesministerium für Bauten und Technik:  
MR Ding. Rüdiger Schultz

Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten:  
Gesandter Dr. Heinrich Winter

Bundesministerium für Inneres:  
Vorsitzender des Arbeitsausschusses "Z"  
MR Dr. Gottfried Lipovitz

Bundesministerium für Unterricht und Kunst:  
Vorsitzender des Arbeitsausschusses "G"  
SR Dr. Leopold Rettinger

Bundesministerium für Verkehr:  
Vorsitzender des Sonderausschusses  
für Verkehr und Nachrichtenwesen  
Sch. Dr. Karl Halbmayer

Bundesministerium für Landesverteidigung:  
Major dG Heinz Danzmayr  
wHR. Dr. Walter Zeininger

Bundesministerium für soziale Verwaltung:  
SR Dr. Günther Steinbach

Bundesministerium für Finanzen:  
MR Dr. Walter Kaber

**DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE**

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft:  
MR DIng. Othmar Limberger

Bundesministerium für Verkehr:  
MR Dr. Gottfried Braune

Amt der Wiener Landesregierung:  
Ob.Mag.Rat Dr. Heinrich Geuder

Amt der niederösterreichischen Landesregierung:  
HR Dr. Johann Neumayer

Amt der oberösterreichischen Landesregierung:  
w.HR Dr. Franz Starzer

Amt der Salzburger Landesregierung:  
w.HR Dipl.Ing. Dr. Kurt Jonak

Amt der steiermärkischen Landesregierung:  
w.HR Dr. Helmut Kreuzwirth

Amt der Kärntner Landesregierung:  
OAR. Andreas Auer

Amt der Tiroler Landesregierung:  
HR Dr. Josef Pig

Amt der Vorarlberger Landesregierung:  
HR Dr. Anton Allgeuer

Amt der burgenländischen Landesregierung:  
w.HR Dr. Adalbert Vukovits

Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft  
Wirtschaftspolitische Abteilung  
Referat für umfassende Landesverteidigung

Österreichischer Arbeiterkammertag:  
Walter Klenner

Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs:  
Dr. Klaus Wejwoda

Generaldirektion der Österreichischen  
Bundesbahnen

Fachverband der Erdölindustrie Österreichs:  
Dr. Peter Messinger

Bundesgremium des Mineralölhandels  
Dr. Karl Widhalm

Blatt 35**DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE**Planungsstab für Wirtschaftliche Landesverteidigung

Bundesministerium für Landesverteidigung:  
Oberst d.G. Ing. Josef Fenz

Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft:  
Dr. Siegfried Rief

Österreichischer Arbeiterkammertag:  
Dr. Irene Geldner

Österreichischer Gewerkschaftsbund:  
Mag. Herbert Tumpel

Verbindungsstelle der Bundesländer beim  
Amt der Niederösterreichischen Landesregierung:  
W.HR. Dr. Johann Neumayer

Präsidentenkonferenz der Landwirtschafts-  
kammern Österreichs:  
Dipl.Ing. Paul Esterhazy

Vereinigung Österreichischer Industrieller:  
Dr. Peter Kapral

Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft,  
Sektion Industrie:  
Dr. Otto Obendorfer

Ferner:  
Brigadier i.R. Dr. Josef Sznahovich

Rohstofflenkungsausschuß

Bundeskanzleramt  
Sektion IV, Verstaatlichte Unternehmungen:  
Sch. Dr. Otto Gatscha  
Min.Rat Dr. Georg Michel

Bundesministerium für Finanzen:  
Min.Rat Dr. Richard Blaha  
Sekt.Rat Roland Ferchenbauer

Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz:  
Min.Rat Mag. pharm. Dr. rer.nat. Paul Ita  
Sekt.Rat Mag. pharm. Dr. phil. Hans Bach

Bundesministerium für Landesverteidigung:  
Oberst d.G. Josef Fenz  
Obstlt d.G. Karl Marek

**DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE**

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft:  
Min.Rat Dipl.Ing. Robert Steiner  
Min.Rat Dipl.Ing. Dr. Josef Schröfl

Bundesministerium für soziale Verwaltung:  
Sekt.Rat Dr. Karl Bokisch  
Mag. Helmut Höpflinger

Bundesministerium für Verkehr:  
BB-Zentr.Insp. Heinrich Sittler  
Min.Sekr. Dr. Herbert Geyer

Amt der Landesregierung Burgenland:  
W.HR Dr. Adalbert Vukovits  
LReg.O.Koär. Dr. Gottfried Traxler

Amt der Landesregierung Kärnten:  
LOb. Reg.Rat Dkfm. Josef Hudelist  
Dr. Helmut Wissiak

Amt der Landesregierung Niederösterreich:  
W.HR Dr. Johannes Neumayer  
Ob.Reg.Rat Dr. Wilfried Wais

Amt der Landesregierung Oberösterreich:  
W.HR Dr. Franz Starzer  
Mag. Klaus Sigmund

Amt der Landesregierung Salzburg:  
W.HR Dipl.Ing. Dr. Kurt Jonak  
ORR. Dr. Friedrich Heu

Amt der Landesregierung Steiermark:  
Landesrat Kom.Rat Anton Peltzmann  
W.HR Dr. Helmuth Kreuzwirth

Amt der Landesregierung Tirol:  
Hofrat Dr. Josef Pig  
LOAR Arthur Häussler

Amt der Landesregierung Vorarlberg:  
Landesrat Dr. Elmar Römmele  
LOReg.Rat Dr. Anton Sutterlüty

Amt der Landesregierung Wien:  
Senatsrat Dr. Bruno Zidek  
Amtsrat Karl Stanzel

Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft:  
Dr. Siegfried Rief  
DDr. Endre Invanka  
Dr. Otto C. Obendorfer  
Dr. Karl Widhalm

**DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE**

Dr. Hans Jörg Bauer  
Dkfm. Hans Prögelhöf  
Dr. Josef Ebner  
Josef Stemberger

Österreichischer Arbeiterkammertag:  
Kammeramtsdirektor Dr. Hans Litschauer  
Dipl.Vw. Philipp Lassnig  
Skr. Roman Hruby  
Dr. Ernst Maurer  
Dkfm. Hermann Blaha  
Dr. Wolfgang Messner  
Skr. Robert Marcon  
Dkfm. Dr. Elisabeth Jetschgo-Schwarz

Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern  
Österreichs:  
Dr. Hans Korbl  
Dr. Leo Szlezak  
Dr. Klaus Wejwoda  
Dipl.Ing. August Astl

Österreichischer Gewerkschaftsbund:  
Abg.z.NR. Erich Hofstetter  
Abg.z.NR. Alfred Teschl  
Mag. Herbert Tumpel  
Dr. Erich Schmidt

Staatliche Wirtschaftskommission nach dem Arbeitsverfassungsgesetz

Außer meinem Ressort gehören der Kommission je vier Vertreter der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft und des Österreichischen Arbeiterkammertages an.

Dem "Interministeriellen Komitee für Investoreninformation" gehören in erster Linie die zuständigen Fachabteilungen der berührten Bundesdienststellen an, die im allgemeinen durch den jeweiligen Abteilungsleiter oder in seinem Auftrag durch einen zugeteilten Beamten vertreten sind.

Folgende Dienststellen, außer dem Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie, sind im Ausschuß vertreten:  
Bundeskanzleramt, Bundesministerium für soziale Verwaltung (Informationsdienst für Standortfragen des Arbeitsmarktes, Arbeitsmarktverwaltung), Bundesministerium für Finanzen, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft und Österreichische Nationalbank.

**DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE**

Beirat für den Gewerblichen Rechtsschutz

Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten:

LR Dr. Bertha Braun

LR Dr. Peter Klein

Rat der Österreichischen Mission bei den Europäischen  
Gemeinschaften Dr. Johann Legtmann

LS Dr. Georg Weiss

Dr. Ernst Sucharipa

Bundeskanzleramt - Verfassungsdienst:

Mag. Dr. Gerhard Stadler

Bundesministerium für Finanzen:

MR Dr. Ernst Palisek

Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft:

Dr. Rudolf Christian

Dr. Gerhard Karsch

Österreichischer Arbeiterkammertag - INPADOC:

Dr. Otto Auracher

Vereinigung Österreichischer Industrieller:

Dr. Otto Hartig

Österreichische Patentanwaltskammer:

Dipl.Ing. Otto Beer

Dipl.Ing. Helmut Sonn

Vereinigung für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht:

Dr. Rudolf Jahn

Dipl.Ing. Dr. Hans Collin

Institut für Handels- und Wertpapierrecht an der Universität

Wien:

Univ.Prov. Dr. Fritz Schönherr

Ring der Industrie-Patentingenieure:

Ing. Peter Révy von Belvard

Dipl.Ing. Dr. Peter Kitzmantel

Dipl.Ing. Herbert Neidhardt

Ferner werden fallweise je nach dem Gegenstand der Sitzung  
Vertreter weiterer Fachorganisationen auf dem Gebiet des  
gewerblichen Rechtsschutzes zugezogen.

Blatt 39DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIEInterministerielles Beamtenskomitee für die Bergbauförderung

Bundeskanzleramt, Sektion IV:  
MS Dr. Wittmann

Bundesministerium für Finanzen:  
MR Dr. Kaber  
MR Dr. Karl Roch

Interministerielles Beamtenskomitee für den Vollzug des  
Lagerstättengesetzes

Prof. Dr. Haditsch  
SCh. Dr. Grimburg  
wHR. DDr. Walter  
Dr. Magagna

Projektgruppe für die Erstellung eines Konzeptes für die  
Versorgung Österreichs mit mineralischen Roh- und Grund-  
stoffen

MR Dr. Baier  
Dr. Bertoldi  
Prof. Dr. Fettweis  
Dr. Hannack  
Prof. Dr. Hinterhuber  
Prof. Dr. Haditsch  
Prof. Dr. Holzer  
MR Dr. Kaber  
Prof. Dr. Kostelka  
Dr. Kramer  
LR. Dr. Kristen

MR Dr. Limberger  
Rektor Prof. Dr. Oberhofer  
wHR. Prof. Dr. Ronner  
Prof. Dr. Schmidt  
Dr. Stankovsky  
Prof. Dr. Steiner  
Dr. Teufelsbauer  
Prof. Dr. Troya  
RR. Ing. Turetschek  
wHR. DDr. Walter  
Doz. Dr. Winckler

Interministerielles Beamtenskomitee für die Erstellung eines  
Konzeptes zur Koordinierung der Untersuchungstätigkeiten bei  
fossilen Energieträgern

MR Dr. Kaber  
MS Dr. Wittmann

wHR. DDr. Walter  
wHR. Prof. Dr. Ronner

**DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE**

Projektgruppe zur Koordinierung der Prospektion und Exploration auf uran- und thoriumhältige Rohstoffe in Österreich

Prof. Dr. Kostelka  
Prof. Dr. Holzer  
Prof. Dr. Fettweis  
Dr. Neubauer

Bergrat h.c.Dipl.Ing. Praprotnik  
Prof. Dr. Schroll  
wHR. DDr. Walter  
Dr. Koiner  
Dipl.Ing. Geiler

Projektgruppe zur Koordinierung der Prospektion und Exploration auf Kohle in Österreich

Dir. Dipl.Ing. Kuckenberger  
Berginsp. Dauner  
Dir. Dipl.Ing. Hinteregger  
Dir. Dipl.Ing. Pirklbauer  
Prof. Dr. Fettweis  
Prof. Dr. Holzer

Prof. Dr. Weber  
Prof. Dr. Nebert  
Bergrat h.c.Dipl.Ing. Praprotnik  
Dr. Koiner  
wHR. DDr. Walter  
wHR. Prof. Dr. Ronner

Koordinierungskomitees für die Rohstoffsicherung und -forschung, mit den Bundesländern Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol und Wien, gemeinsam mit dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

Bundesvertreter einheitlich in allen Koordinationskomitees:

wHR. DDr. Walter  
MR Dr. Bayer  
Prof. Dr. Holzer  
wHR. Prof. Dr. Ronner

Landesvertreter:

Je fünf Vertreter des betreffenden Bundeslandes unter Vorsitz des Landesamtsdirektors



Blatt 41**DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE**Energiebeirat

MR Dipl.Ing. Richard Polaczek	Mag. Herbert Tumpel
MR Dr. Hackl	Sekr. Otto Glück
SR Dr. Josef Schröfl	Dr. Hanns Orglmeister
MR Dr. P. Grabmayr	Dipl.Ing. Johann Gartner
BB-Zentr.l.Insp. Heinrich Sittler	Univ.Prof. Dr. Karl Lintner
SR Dr. H. Geyer	Univ.Prof. Dr. Othmar Preining
SR Dr. K. Mehrfeld	Prof. Dr. Herbert Stimmer
Gen.Dir. Dr. Karl Reisinger	Prof. Dr. R. Muckenhuber
Landesamtsdir. Dr. Rudolf Kathrein	Dr. Peter Kapral
Sen.Rat Dr. Alois Miksch	Sekr. Roman Hruby
Komm.Rat Bgm. Gustav Schmidt	Hofrat Dr. Alfred Korn
Dr. Siegfried Rief	Gen.Dir. Dr. Hermann Wagensonner
Dr. Otto Obendorfer	Reg.Komm. Dr. Rudolf Steiner
Dkfm. Dr. Ernst Maurer	MOK Dr. Erich Wittmann
Dr. Klaus Wejwoda	Dr. Johannes Krenn
Dipl.Ing. Ingobert Altmann	Prof. DDDr. Ludwig Musil

Expertengruppe "Elektrische Energie"

Prof. Gen.Dir.	Dir. Dr. Walter Peter
Dipl.Ing. Dr. Wilhelm Erbacher	Gen.Dir. Dipl.Ing.
Dir. Dipl.Ing. Raimund Haussmann	Hans Hautzenberg
Dir. Dipl.Ing. Dr. Harald Pöhl	Dr. Otto Obendorfer
HR Dipl.Ing. Viktor Rath	Sekr. Roman Hruby
Gen.Dir. Dipl.Ing. Alfred Klimesch	Sekr. Otto Glück
Dir. Dipl.Ing. Dr. Hans Märzendorfer	Dir. Dipl.Vw. DDr.
Dir. Dipl.Ing. Dr. Anton Hofstätter	Herbert Bandhauer
Dir. Dipl.Ing. Josef Raass	Dir. Dr. Erich Steinbauer
Dir. Dipl.Ing. Hermann Wagensonner	Techn.Rat Ing. Dr.
Dir. Dipl.Ing. Hans Martin	Karl Schagginger
Dir. Dipl.Ing. Dr. Robert Fenz	Komm.Rat Dir. Hans Rappl
Dir.i.P. Dipl.Ing. Friedrich Nyvelt	Dr. Karl Schiller
Gen.Dir. DDr. Adolf Berchtold	Ing. Robert Eisenecker
	Dir. Dipl.Ing. Hubert König
	Dir. Doz. Dr. E. Romig

**DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE**

Expertengruppe "Erdölwirtschaft"

Dr. Otto Obendorfer	Gen.Dir. Dr. Diwald
Dr. Peter Messinger	Dr. Rothenthal
Rudolf Orasch	Dipl.Ing. Nachbagauer
Doz.Dr. Romig	Dkfm. J. van Sickle
Dir. Balogh	Ing. Dr. Karl Weinberger
Dir. Dkfm. Draxlbauer	Dir. Dipl.Ing. Praprotnik
Dir. Kandler	MR Dr. Hack
Prok. Dkfm. Schreinzer	MOK Dr. Wittmann
Komm.Rat Dr. Mayerhofer	Dr. Krenn
Dr. Widhalm	Dr. Kapral

Expertengruppe "Gaswirtschaft"

Dr. S. Rief	F. Paulsen
Dr. Otto Obendorfer	Ing. Dr. E. Vögl
Dkfm. Janaczek	MR Dr. Hackl
Ing. Schmid	Dir. Dr. Pöhl
Dkfm. Krug	Dir. Scholle
Dr. Peter Messinger	MOK Dr. Wittmann
Rudolf Orasch	Dr. Krenn
Doz. Dr. Romig	Dr. Kapral
Gen.Dir. Dr. Diwald	
Dipl.Ing. Nachbagauer	

Expertengruppe "Feste Brennstoffe"

Dr. S. Rief	Dir. Komm.Rat Emil Heller
Dr. Obendorfer	Bergdir. Dipl.Ing.
Dr. Wilhelm Denk	abs.jur. S. Pirklbauer
Mag. Hermann Prinz	Dir. Dipl.Ing. Praprotnik
Bergr.h.c.Dipl.Ing. Hans Juvancic	MR Dr. Hack
Bergdir.h.c.Bergr. Dipl.Ing.Hans Rath	MOK Dr. Wittmann
Dir. Emil Primavesi	MR Dr. Kaber

Blatt 43

**DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE**

Dir. Dipl.Ing. Günther Dauner	Dr. Krenn
Dir. Komm.Rat Franz Zaininger	MR Dr. Karl Roch
Prok. Nemetschek	Dr. Kapral

Beirat für sinnvollen Energieeinsatz  
(früher: Energiesparbeirat)

Prof. DDDr. Ludwig Musil	Techn.Rat Ing.Dr. K. Schagginger
Dipl.Ing. Diether Wlaka	Sekr. Roman Hruby
Dipl.Ing. Otto Kelch	Dr. Zöllner
Johannes Kunz	HR Dr. Wilfried Oberhummer
Dir. Dipl.Ing. Karl Stock	Dr. Siegfried Rief
Dir. Dipl.Ing. Raimund Haussmann	MR Dr. Gottfried Braune
Dr. O. Obendorfer	SR Dr. H. Geyer
Dipl.Ing. Hannes Spitalsky	F. Aschenbrenner
Prof. Dr. Leopold Bauer	SR O. Zellhofer
Prof. Dr. Lenz	Dipl.Ing. Kurt Jirasko
Ing. Reichl	DDr. Heinrich Kopecky
Ing. Gustav Winter	Dr. Josef Ebner
SR Dipl.Ing.Dr. Franz Szalay	Dkfm. Hans Pröglhof
R. Hocner	
Dr. Wolfgang Pusch	Wechselnde Vertreter der Präsi-
SR Arch.Ing. Schweinberger	dentenkonferenz der Landwirt-
MR Dr. Walter Kaber	schaftskammern Österreichs, und
Dr. Kapral	des Österreichischen Gewerk-
	schaftsbundes

Expertengruppe "Industrie"

Techn.Rat Ing.Dr. Karl Schagginger	Dr. Pfeiffer
Ing. Reichl	Prok. Ing. Rottler
Dipl.Ing. Ganzberger	Ing. Seyfert
Dipl.Ing. Grasemann	Dipl.Ing. Springer
Ing. Jeitschko	Ing. Swata
Ing. Leitner	Dir. Dipl.Ing. Warta
Ing. Mitterböck	oProf. Dipl.Ing. Dr. Wultsch

**DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE**

Expertengruppe "Verkehr"

Prof. Dr. H.P. Lenz	Dir. Peter Manhart
Ing. Alois Dolanske	Adolf Moser
Prof. Dr. R. Eberan-Eberhost	Prof. DDDr. Ludwig Musil
Dipl.Ing. Günther Grois	Manfred Novy
Dr. Josef Ebner	Leo Pospisil
Min.Sekr. abs.jur. Werner Gröss	Dipl.Ing. Alois Rechberger
Min.Rat Dr. Friedrich Grubmann	Dipl.Ing. abs.jur. R.M. Regler
Dr. Alois Grünwald	Rudolf Ruziska
Dipl.Ing. Dr. Manfred Hoschtalek	Dipl.Ing. Johann Sanitzer
Dipl.Ing. Otto Kelch	Dipl.Ing. Hannes Spitalsky
Dr. Norbert Kraus	Dr. Viktor Wagner-Navratil
	Dipl.Ing. Diether Wlaka

Expertengruppe "Hauswirtschaft"

Dipl.Ing. Hannes Spitalsky	Ing. Stefan Rauhofer
Dipl.Ing. Johann Reckzügel	Dkfm. Hans Prögelhöf
Dipl.Ing. Walter Gnilsen	Dipl.Vw. Ing. Dr. Karl Fantl
Dir. Dipl.Ing. Rudolf Schlauer	Friedrich Aschenbrenner
Dipl.Ing. Gottfried Springer	Ing. Annemaria Wernisch
Ing. Raimund Urak	SRat Mag. Johann Schweinberger
Dipl.Ing. Hermann Patzelt	Komm.Rat Dipl.Ing. H. Herbsthofer
Techn.Rat Dipl.Ing. Oherr	Ing. Wolfgang Dirnbacher
Georg Mahlmeister jun.	Schöbl
Dipl.Ing. Dr. Franz Thiel	Ing. Max Löblich
Josef Warzel	Komm.Rat Ernst Steidl
Ludwig Kreil jun.	Komm.Rat Franz Xander
Komm.Rat Walter Grün	DDr. Heinrich Kopecky
Land.Innmeist. Gustav Jung	Dir.Dipl.Ing.Dr. Herbert Moditz
Dipl.Ing. Othmar Birkner	Dir. Dr. Friedrich Göstl
Ing. Nikolaus Henhapel	Dr. Stefan Dolinay
Land.Innmeist.-Stellv.	Dir. Dipl.Ing. Walter Kozeschnik
Dipl.Ing. W. Friedrich	

**DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE**

Dipl.Ing. Alfred Offner  
Wilma Schrenner  
Ernst Kiendl  
Ing. Georg Brunner  
Komm.Rat Ing. Franz Dolezal

Dr. Wilhelm Denk  
Dipl.Ing. Diether Wlaka

Arbeitsgruppe "Betriebswirkungsgrade von Raumheizungsanlagen"

Dir. Dipl.Ing. A. Reichenauer  
Dipl.Ing. Othmar Birkner  
Ing. Otto Bayer  
Ing. Othmar Christ  
Ing. Ernst Schachermayer  
Heinz Peter Hochrainer  
Baurat Dipl.Ing. Walter Gassner  
Dipl.Ing. Hermann Patzelt  
Rauchfangkehrermeister Kinder

Dr. Ernst Dirnbaher  
Dr. Peter Schöllner  
Dkfm. August Tree  
Dir. Komm.Rat August Schmidt  
Rauchfangkehrermeister  
Peter Reinbacher  
Ing. Nikolaus Henhapel  
Peter Scharf  
Ing. Rössler  
Dipl.Ing. Heinz Kolar

Expertengruppe "Heizkraftkupplung in der öffentlichen Energieversorgung"

BR h.c. Prof.DDDr. Ludwig Musil  
Dir. Sen.Rat Dipl.Ing. H. Benedicic  
Sen.Rat Dipl.Ing. D. Müller-Thomamühl  
Dir. Dipl.Ing. Josef Ebermann  
Dipl.Ing. Friedrich Kolmasch  
Dir. Dipl.Ing. Dutka  
Dir. Dipl.Ing. Heinz Inführ  
Dir. Dipl.Ing. Dressler

Ing. Eisenecker  
Ing. Pfaff  
Dir. Dkfm. Ing. Gerhard  
Decombe  
Ing.Prok.OARat Heinrich Basus  
Dipl.Ing. Anton Wischinka  
Ob.ARat Karl Lengenfelder  
Dkfm. Gerhard Janaczek  
Dir.Dipl.Ing.  
Raimund Haussmann  
Dir. Dipl.Ing.  
Dr.techn. H. Moditz

DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

Arbeitsgruppe "Fernwärme"

Dir.Dipl.Ing. Raimund Haussmann	Ing. Eisenecker
Baurat h.c.Prof.DDDr.Ludwig Musil	Ing. Pfaff
Dir.Sen.Rat Dipl.Ing. Hans Benedici	Dir.Dkfm. Ing. Gerhard Decombe
Sen.Rat Dipl.Ing. Dagobert Müller-Thomamühl	Ab.Amtr.Prok.Ing.Heinrich Basus
Dir.Dipl.Ing. Josef Ebermann	Dipl.Ing. Anton Wischinka
Dipl.Ing. Friedrich Kolmasch	Ob.Amtr. Karl Lengfelder
Dir.Dipl.Ing. Dutka	Dkfm. Gerhard Janaczek
Dir. Dipl.Ing. Heinz Inführ	Dir. Dipl.Ing. Dr.techn. Herbert Moditz

Expertengruppe "Wirtschaftlicher Einsatz von Wärmepumpen"

Prof. Dipl.Ing. Dr. Linzer	Ing. Gneist
Dir. Dipl.Ing. Dr Märzendorfer Senn	Ing. Schimatowitsch
Ing. E. Schachermayer	Ing. Miksche
Dipl.Ing. Dr. Rogner	Dipl.Ing. Dr. Halada
Dipl.Ing. Hofbauer	Dipl.Ing. Geiswinkler
Dipl.Ing. Nowotny	Dipl.Ing. Gartner
Dipl.Ing. Zeiner	Dipl.Ing. Stuszkiewicz
Dipl.Ing. Michael Novak Lorenz	Dipl.Ing. Karl Ochsner
Dipl.Ing. Streli	Dipl.Ing. Dr. Heinz Brötzenberger
Prof. Dr. G. Faninger	Dipl.Ing. Dr. W. Fiala
Dipl.Ing. Norbert Weyss	Prof. DDDr. Musil
Dipl.Ing. Dr. Jörg Brandner	Prof. Dr. Viktor Gilli
	Dipl.Ing. H. Herbsthofer

Arbeitsgruppe "Energieprognose" und "Prognosenmethodik"

MR Dr. Daum	Dir. Doz. Dr. Romig
MR Dkfm. Hack	Gen.Dir.a.D. Baurat h.c. Dipl.Ing.E.Werner
Dir. DDR. Klepp	Dir. Dr. Hautzenberg
Gen.Dir. Dr. P. Mieling	Dir. Dr. Peter
Gen.Dir. Dr. Mirnigel	Dr. Sint
Prok. Klutz	Dir. Komm.Rat Heller

**DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE**

Gen.Dir. Friedrich M. Ebeling	Dir. Komm.Rat M.Hans R. Heeger
Dir. Kandler	Dr. W. Haselberger
Dr. Messinger	AR Ing. Turetschek
Dir. Dr. Fischer	Dr. Teufelsbauer
Reinberger	MR Dipl.Ing. Mayer
Dr. Egghart	MR Dr. Schröfl
Dir. Dipl.Ing. H. Wagensonner	Dr. Wilhelm Henk
Gen.Dir. DDr. Berchtold	Dr. Obendorfer
Dir. Dipl.Ing.Dr. Märzendorfer	wHR Dr. Rosmann
Dkfm. Krämer	Dr. Pesl
Dipl.Ing. Dr. Lehner	Hubatka
Dipl.Ing. E. Schneider	Dir. Dipl.Ing. Ortner
Dkfm. Dr. Kreutler	Hofer
Sekr. Fischerlehner	Gen.Dir. Horvath
Prok. Zauner	Dir. Dipl.Ing. Dr. Anton Hofstätter
Gen.Dir.a.D. Baurat h.c.	Gen.Dir. a.D. Komm.Rat Pacheiner
Prof. DDDr. Ludwig Musil	Dr. Wejwoda
Dipl.Ing. Barwig	Dipl.Ing. Dr. Peter Fleissner
Gen.Dir. Dipl.Ing. Klimesch	Prof. Dr. Gerhard Tintner
Dr. Jetschgo-Schwarz	Herbert Wertitzka
Mag. Tumpel	Univ.Prof. Doz.
Dr. Orglmeister	DDr. h.c. Leopold Schmetterer
Techn.Rat Ing. Dr. Schagginger	Dr. Peter Kapral
Gen.Dir. Dr. Gruber	Gen.Dir. Dipl.Ing.
Dkfm. Janacek	Dr. Wilhelm Erbacher
Gen.Dir. Dr. Reisinger	Ing. Ludwig Cernohlawek
Ing. Pfaff	Sekr. Hruby
Ing. Niessler	Dr. Draxlbauer
Dipl.Ing. K. Hönigmann	Mag. Prinz

Arbeitsgruppe "Planungsmethodik"

Mag. Ing. Wilfried Blassnig	Dipl.Ing.Dr.techn.Fritz Pörner
Ing. Robert Eisenecker	Bergrat h.c. Dipl.Ing.
Gen.Dir. ao.Prof.	Boris Praprotnik
Dipl.Ing. Dr.techn.Wilhelm Erbacher	Dipl.Ing. Walter Renner

**DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE**

Ing. Theodor Fuchs  
Dir. Dipl.Ing.  
Dr. techn. Anton Hofstätter  
Dipl.Ing. Dr.techn. Norbert Lehner  
Ing. Rudolf Pfaff  
Dipl.Ing. Friedrich Pober

Dir. Doz.Dkfm.Dr. Friedrich Romig  
Dipl.Ing.Dr.techn.Gerhard Schiller  
Dipl.Ing. Ewald Schneider  
VOK Rudolf Zeiller  
Dkfm. Karl Zdiarsky

Energielenkungsbeirat

Bhptm. Dr. Anton Allgeuer  
Gen.Dir. Dr. Wilhelm Altziebler  
Dipl.Ing. August Astl  
Dipl.Ing. Ingobert Altmann  
MR Dr. Richard Blaha  
Oberst.d.Gen.St. Ing. Josef Fenz  
SR Dr. Herbert Geyer  
Dipl.Ing.Dr. Anton Hofstätter  
Prok. Friedrich Hochreiter  
Sekr. Roman Hruby  
WHR Dipl.Ing. Dr. Kurt Jonak  
Dr. Ernst Maurer  
Dipl.Ing. Dr. Hans Märzendorfer  
Dr. Otto Obendorfer

Dr. Erich Pichler  
HR Dr. Josef Pig  
MR Dipl.Ing. Richard Polaczek  
Dir. Komm.Rat August Schmidt  
Ing. Johann Schmidt  
Dipl.Ing. Dr. Josef Schröfl  
WHR Dr. Franz Starzer  
Dipl.Ing. Rüdiger Schultz  
MR Dipl.Ing. Alfred Sust  
Komm.Rat Ernst Steidl  
Abg.z.NR. Alfred Teschl  
Mag. Herbert Tumpel  
WHR Dr. Adalbert Vukovits  
Sen.Rat Dr. Bruno Zidek

Lastverteilungsbeirat

Gen.Dir. Dipl.Ing. Dr.techn.  
Wilhelm Erbacher  
MR Dipl.Ing. Richard Polaczek  
ao.Ges. bev.MR Dr. Erich Pichler  
SR Dipl.Ing. Franz Hold  
MR Dr. Richard Blaha  
Obst.d.G. Josef Fenz  
Sch. Dr. Paul Grabmayr  
MR Dipl.Ing. Alfred Sust  
SR Dr. Herbert Geyer

Dipl.Ing. Dr. Anton Hofstätter  
Dipl.Ing. Dr. Harald Pöhl  
Dir. Dipl.Ing. Robert Hochwimmer  
Dipl.Ing. Josef Rass  
Dipl.Ing.Dr. Hans Märzendorfer  
Dir.Dipl.Ing. Hermann Wagensonner  
Dir.Dipl.Ing. Hans Martin  
Dipl.Ing. Raimund Haussmann  
Dir.Doz. Dkfm.Dr. Friedrich Romig  
Vorstandsdir. Dkfm. Frank Balogh



**DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE**

Dr. Sigfried Rief	TAR Ing. Robert Eisenecker
Dr. Otto Obendorfer	Dr. Wilhelm Denk
Dir. Dipl.Ing. Ingobert Altmann	Dir.Dipl.Vw. DDr.Herbert Bandhauer
OLWR Dipl.Ing. Franz Geiger	Ing. Franz Pichler
Sekr. Roman Hruby	Gen.Dir. Komm.Rat
Dr. Ernst Maurer	Dr. Josef Seitlinger
Sekr. Rudolf Nürnberger	Dir. Dipl.Ing. Karl Stock
Mag. Herbert Tumpel	Techn.Rat Ing. Dr. Karl Schagginger
Gen.Dir. Eugen Horvath	

Elektrizitätsförderungsbeirat

Dir. Dkfm. Hannes Zach  
 Gen.Dir.Dipl.Ing. Alfred Klimesch  
 Dipl.Ing. Ingobert Altmann  
 Gen.Dir.Stellv. Dkfm. Dr. Wilhelm Arthold  
 Dir. Dipl.Vw. DDr. Herbert Bandhauer  
 Gen.Dir. Prof. Dipl.Ing. Dr. Wilhelm Erbacher  
 Komm.Rat Dkfm. Dr. Helmut Fritzberg  
 Sekr. Otto Glück  
 Gen.Dir. Dr. Rudolf Gruber  
 Dir. Dipl.Ing. Dr. Hans Hautzenberg  
 Dipl.Ing. Erich Hofbauer  
 Sekr. Roman Hruby  
 Dir. Dipl.Ing. Dr. Hans Märzendorfer  
 Komm.Rat Dir. Josef Pacheiner  
 Gen.Dir. Dr. Karl Reisinger  
 Gen.Dir. Komm.Rat Dr. Josef Seitlinger  
 Dir. Dipl.Ing. Dr. Hermann Wagensonner

Interministerielles Beamtenskomitee zu Fragen der Energie-  
einsparung

Leg.Rat Dr. Potyka	MR Meyer
Sepp Hannreich	prov. Ass. Sagel
MR Dipl.Ing. Karl Fiala	ADir. Schnöll

**DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE**

Dkfm. Dr. Karl Kiefer	MR Dr. Kölbl
Dr. Walter Haselberger	Leg.Sekr. Dr. Lorenz
MR Arch. Ing. Johann Schweinberger	MS Dr. August Pallier
MS Dr. Germ	Mag. Ziehengraser
MR Spindler	MR Dr. Gottfried Braune
wAR Spieler	Johannes Kunz
SR Alfred Prasser	MR Dr. Bodo Beelitz
AOR Franz Schrödl	MR Dr. Burger
RR Ferdinand Wenzl	RR Bös
SR Dr. Herbert Geyer	SR Dr. Müller-Fembeck
ADir. Ottokar Seifert	Oberst.d.Inf. DDr. Fraydl
Dr. Erwin Höss	RR Dr. Pridun
Mag. Erich Weiss	SR Dr. Donhauser
RR Ing. Paschinger	AR Ing. Turetschek
MR Dr. Ruf	wAR Walter Kerner
wAR Röhler	Ing. Ratschiner
SR Dr. Leitgeb	MR Dipl.Ing. Herbert Marschall
MR Dipl.Ing. Jaschke	wHR Dipl.Ing. Dr. Erwin Hüttner
SR Dr. Franz Loicht	SCh.Dipl.Ing. Dr.Heinrich Schmelz
MS Dr. Manfred Hinum	wAR Jelemensky
Obstlt.d.Inf. Dr. Hötzl	Dr. Wiesenberger
SR Brennig	Karl Weber
RR Ing. Pumberger	Helmut Laller
wAR Kaiser	

Zu Frage 7: "Wie hoch ist die Entschädigung bzw. Entlohnung, die diese Personen für ihre Mitarbeit beziehen oder bezogen haben; namentlich aufgeschlüsselt?"

Die an den o.a. Projektgruppen, Beiräten, Kommissionen, Konferenzen, Ausschüssen und sonstigen Arbeitsgruppen mitarbeitenden Personen erhalten für ihre Tätigkeit von meinem Ressort weder eine Entschädigung noch eine Entlohnung.

Lediglich für die Mitwirkung in den Beiräten, Arbeits- und Expertengruppen auf dem Sektor "Energie und Rohstoffe" werden

Blatt 51**DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE**

die anfallenden Reisekosten von außerhalb Wien tätiger  
Universitätsprofessoren ersetzt.

Zu Frage 8: "Welche Enqueten wurden oder werden im Zeitraum  
von 1976 bis 1978 von Ihnen abgehalten?"

Am 15. bis 17. November 1976 wurde der Österreichische  
Fremdenverkehrstag abgehalten.

Am 12. Mai 1977 wurde an der Montanuniversität Leoben gemein-  
sam mit dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung  
ein Kolloquium "Ausgewählte Fragen der Rohstoffversorgung und  
Rohstoffforschung" in Form von vier Podiumsdiskussionen über  
folgende Themenkreise abgehalten:

- a) Rohstoffe in der Welt und Versorgungsrisiken - Ausblicke  
für Österreich
- b) Modelle der Finanzierung und Förderung sowie der Organi-  
sation von Rohstoffprojekten
- c) Innovation, Forschung und Entwicklung für die optimale  
Nutzung von primären und sekundären Rohstoffquellen
- d) Rohstoffe, Raumordnung und Umwelt

Am 22. Juni 1978 fand eine Enquete über die Überprüfung der  
Einhaltung von Kennzeichnungsvorschriften bei in- und aus-  
ländischen Textilien (Textil- bzw. Textilpflegekennzeichnungs-  
Verordnung), Schuhen sowie verpackten chemischen Konsumgütern  
statt.

Für den 15. November d.J. beabsichtige ich, ein Konsumenten-  
forum einzuberufen.

Zu Frage 9: "Zu welchen Ergebnissen führten sie und wo finden  
diese Ergebnisse ihren Niederschlag, bzw. wie  
werden diese Ergebnisse weiterbehandelt?"

Die beim Österreichischen Fremdenverkehrstag beschlossenen  
Resolutionen schließe ich in Ablichtung an.

**DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE**

Die Enquete "Ausgewählte Fragen der Rohstoffversorgung und Rohstoffforschung" brachte in den Referaten und Diskussionen wertvolle Vorschläge und Anregungen, die teilweise ihre Verwertung im Rohstoffversorgungskonzept sowie bei den Aktivitäten in der Rohstoffsicherung und -forschung finden.

Die in der Enquete vom 22. Juni 1978 behandelten Kontrollen haben mit 1. Juli 1978 eingesetzt. Die Zollorgane kontrollieren bei der Einfuhr stichprobenartig. Ergebnisse liegen wegen des kurzen Zeitraumes noch nicht vor.

Zu Frage 10: "Welches Timing legen Sie den in diesen Enqueten behandelten Problemen zu ihrer Lösung zugrunde?"

Die vom Österreichischen Fremdenverkehrstag 1976 beschlossenen Resolutionen wurden im Rahmen der Fremdenverkehrspolitik berücksichtigt.

Das Konzept zur Versorgung Österreichs mit mineralischen Roh- und Grundstoffen wird etwa bis Ende 1978, spätestens Anfang 1979 fertiggestellt sein. Dieses Konzept soll anschließend periodisch aktualisiert werden.

Die Ergebnisse der Enquete vom 22. Juni 1978 werden laufend bei der Vollziehung der Kennzeichnungsvorschriften berücksichtigt.

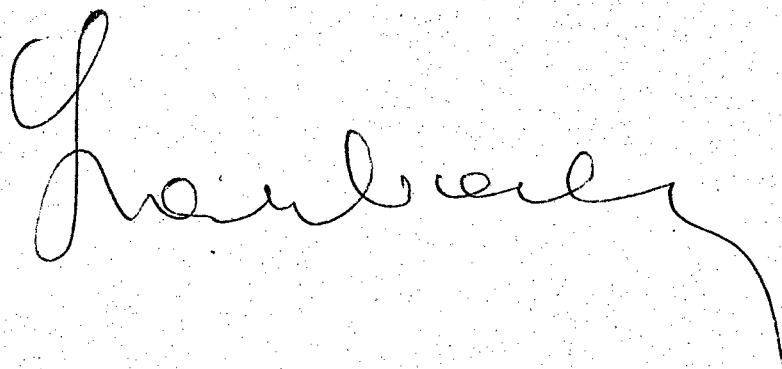
Zu Fragen 11 und 12: 11: "Haben Sie - entsprechend der mit Nachdruck angekündigten Finanzplanung - auch Finanzierungspläne zu dem jeweiligen Problemkreis, der Gegenstand der Arbeit in den Projektgruppen, Beiräten, Kommissionen, Konferenzen, Ausschüssen und sonstigen Arbeitsgruppen und Enqueten ist oder war, ausgearbeitet?"

12: "Wenn ja, wie lauten diese?"

Für den gesamten Ressortbereich wird jedes Jahr aufgrund des Budgetgesetzes ein Finanzplan ausgearbeitet. Für die

Blatt 53**DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE**

einzelnen Teilbereiche der Tätigkeiten des Ressorts, die auf die Arbeiten in den Projektgruppen, Beiräten, Kommissionen etc. Bezug haben, war bisher im Hinblick auf die Art der Tätigkeit und die Höhe der erforderlichen Mittel die Ausarbeitung eines gesonderten Finanzplanes im Rahmen des Gesamtfinanzplanes des ho. Ressorts nicht notwendig.

BeilagenA handwritten signature in black ink, appearing to read 'G. H. ...', written in a cursive style.

## ÖSTERREICHISCHER FREMDENVERKEHRSTAG 1976

## Ausschuß "Bildung - Ausbildung"

## R e s o l u t i o n

1. Die Information über das Berufsleben sollte schon in der 7. Schulstufe aller Schultypen in verstärkter Intensität einsetzen. Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Fremdenverkehrs und dessen Stabilität in den wirtschaftlichen Zyklen verlangen eine Priorität des Fremdenverkehrs im Rahmen der Information. Sie sollte in der 8. Schulstufe einen Schwerpunkt darstellen, da der Einzelne nach deren Beendigung überaus bedeutsame Entscheidungen über seinen weiteren Bildungsweg zu treffen hat. Denn das Wissen um die beruflichen Möglichkeiten und das Fortkommen sind gerade zu diesem Zeitpunkt von großer Bedeutung.
2. Die Lehrerschaft soll mit den modernsten Lehrmethoden und Lehrmitteln vertraut sein, sich fortlaufend fachlich und pädagogisch weiterbilden, um auch von ihrer Seite mit den sich ständig ändernden Gegebenheiten des Fremdenverkehrs Schritt halten zu können.  
  
Zur Erreichung dieses Zieles sollte eine bundeseinheitliche, zentrale Ausbildung und fortlaufende Fortbildung, gemeinsam für Berufsschullehrer der Fachrichtung Kochen und Servieren mit den Fachlehrern ehestens eingeführt werden.
3. Im Rahmen des Schulwesens ist nur an den Fremdenverkehrsschulen und - in entsprechendem Maße - an den Lehranstalten für Frauenberufe eine umfassende verantwortungsbewusste und die erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten vermittelnde Ausbildung für den Fremdenverkehr möglich.
4. Die Lehrpläne der Hotelfachschule und der Gastgewerbefachschule sollen einer Revision unterzogen werden, wobei zu prüfen ist, ob und inwieweit die praktische Ausbildung den beruflichen Erfordernissen entspricht, die an die Absolventen gestellt werden.

- 2 -

5. Österreich genießt in Bezug auf die Fremdenverkehrsausbildung international einen ausgezeichneten Ruf und hat auch die Verpflichtung übernommen, Entwicklungshilfe auf dem Fremdenverkehrssektor zu leisten (UNO-Resolution Genf 1964). Im Interesse der Erfüllung dieser Verpflichtung sollte eine dauernde organisatorische und finanzielle Sicherung der Fremdenverkehrsschule für Entwicklungsländer in Salzburg/Kleßheim unter Einbeziehung der Ausbildung von österreichischen und ausländischen Lehrern (aus Entwicklungsländern) und Lehrhilfen dieser Schule gewährleistet werden.
6. Im Zuge der Verhandlungen zur Erstellung eines Gesetzentwurfes für die Bildungsfreistellung ist auf die spezifischen Gegebenheiten der Fremdenverkehrsbetriebe, wie saisonale Abhängigkeit, Beschäftigungsstruktur, Bedacht zu nehmen. Bisherige Leistungen der Fremdenverkehrsbetriebe auf dem Gebiet der Weiter- und Fortbildung müssen anerkannt werden. Es wären Maßnahmen zu erwägen, die den Zielen der Bildungsfreistellung für den Unternehmer entsprechen.
7. Im Interesse einer Systemisierung der verschiedenen Kursprogramme betreffend Zielsetzung, Inhalt, Dauer und Abschluß sollte eine Bestandsaufnahme vorgenommen werden.  
Die Schaffung eines Dokumentations- und Informationszentrums wäre dieser Aufgabe äußerst dienlich.
8. Die innerösterreichische und internationale zeitliche Staffelung der Ferientermine sollte weiter betrieben werden.
9. Die Änderungen im Fremdenverkehr verlangen auch auf dem Gebiet der Ausbildung grundsätzlich eine stete Anpassung der Organisation und der Verwaltung der Fremdenverkehrsinstitutionen sowie der Unternehmer und ihrer Mitarbeiter an die gegebene Marktsituation. Um dies möglich zu machen, bedarf es der ehesten Einrichtung eines Nach- und Weiterbildungsprogrammes für die dort schon Beschäftigten.

## Österreichischer Fremdenverkehrstag 1976

### Ausschuß "Freizeit und Erholung"

#### Resolution

#### ALLGEMEINES

Die Verbesserung der Freizeitmöglichkeiten ist über den Fremdenverkehr hinaus eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe.

- 1.1 Bund, Länder, Gemeinden und Fremdenverkehrs-Regionen sowie Interessengemeinschaften kultureller, religiöser, sportlicher und sozialer Natur sollen die Förderung von Angeboten für Freizeit und Erholung in ihren Arbeitsprogrammen weiterführen und erforderlichenfalls ausbauen.

Beim Auftreten am Markt ist eine differenziertere Angebotsgestaltung, ausgerichtet auf die verschiedenen Zielgruppen und deren besondere Bedürfnisse, z.B. hinsichtlich Einbettzimmer, Diätküche u.ä. zu beachten.

- 1.2 Verstärkter Ausbau und intensivere Nutzung von Freizeit-, insbesondere Sport-, Unterhaltungs- und Schlechtwettereinrichtungen.

Erstellung von Schlechtwetterprogrammen durch die Fremdenverkehrsbetriebe, -Gemeinden und -Verbände (-Vereine), ausgerichtet auf die Fremdenverkehrs-Regionen.

- 1.3 Weiterführung und Intensivierung einer sinnvollen Kooperation der am Fremdenverkehr beteiligten Betriebe bei der Schaffung und dem Betrieb der in 1.2 erwähnten Anlagen und beim Auftreten am Markt (Angebotsringe usw.).



- 2 -

- 1.4 Einstellung hauptamtlicher und fachlich qualifizierter Personen in den Fremdenverkehrsstellen der Gemeinden und/oder der lokalen und regionalen Fremdenverkehrs-Organisationen, soweit noch nicht erfolgt. Für die Betreuung der Gäste sind geeignete Personen einzusetzen.
- 1.5 Brauchtum und Folklore sind zu pflegen und sollen bei allem Interesse des Gastes durch den Tourismus nicht ausgelautet werden. Auch beruflich auf diesem Gebiet tätige Gruppen können empfohlen werden, wenn sie auf dem Boden echter Volkskunst stehen. Es ist auch darauf Bedacht zu nehmen, daß der Gast bei solchen Veranstaltungen aktiv mitwirken kann. Gästeprogramme sollen innerhalb der jeweiligen Fremdenverkehrs-Region koordiniert und gemeinsam angeboten werden.
- 1.6 Durch ein voll ausgebautes und funktionierendes Sicherheitssystem auf den Straßen, in den Bergen, auf den Skipisten, auf den Seen und Flüssen soll bei strenger Beobachtung des persönlichen Freiheitsrechtes ein noch höheres Maß an Sicherheit und Freiheit erreicht werden. Zur Betreuung der Gäste sollen die Massenmedien in verstärktem Maße Informationen über erforderliche Sicherheitsmaßnahmen vermitteln.
- 1.7 Die Einführung der Sommerzeit soll in Abstimmung mit den für Österreich wichtigen europäischen Staaten in Erwägung gezogen werden.

- 3 -

## VERKEHR

- 2.1 Verkehrskonzepte zur verbesserten großräumigen Verkehrserschließung in Verbindung mit regionalen Verkehrskonzepten sollen auch zur besseren Verteilung des Schwerverkehrs unter Berücksichtigung der Bedürfnisse des Fremdenverkehrs weiterentwickelt werden.
- 2.2 Die Entflechtung des ruhenden und fließenden Verkehrs auf örtlicher Ebene muß vordringlich behandelt werden. Die Schaffung und/oder der Ausbau von Fußgängerzonen sowie verkehrsarmen Zonen ist von den Fremdenverkehrsgemeinden zu forcieren.
- 2.3 Ein längerer Aufenthalt der Durchreisenden in Österreich soll durch gezielte Maßnahmen und entsprechende Informationen erreicht werden.
- 2.4 Zur Intensivierung der incoming-Charterflüge sollte die in letzter Zeit gehandhabte Liberalisierung der Landerchte ausländischer Charterfluggesellschaften unter Bedachtnahme auf den Bedarf in Österreich fortgesetzt werden.  
Auch der Aufbau eines Binnenflugverkehrs und die Verstärkung der Schifffahrt auf heimischen Seen und Flüssen sollte betrieben werden.
- 2.5 Der Hinweis auf Fremdenverkehrs-Regionen und Fremdenverkehrs-Orte auf Überlandstrassen und Autobahnen sowie auf Fremdenverkehrs-Einrichtungen im Ortsbereich durch geeignete, leicht erfassbare fremdenverkehrsmäßige Beschilderung auf Grund der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen ist notwendig.

- 4 -

- 2.6 Der derzeit bestehenden Preisermäßigungen der öffentlichen Verkehrsmittel einschließlich der Austria Tickets (insbesondere Rückfahrkarte der ÖBB) sollten beibehalten und ausgedehnt werden.

#### KURZURLAUB

- 3.1 Gestaltung und Intensivierung von Kurzurlaube für in- und ausländische Gäste durch attraktive Packages, z.B. "Der Schnupperurlaub in österreichischen Fremdenverkehrs-Orten". Hierbei muß versucht werden, eine positivere Einstellung der Anbieter und Unterkunftgeber gegenüber dem kurzfristig verbleibenden Gast zu erreichen.

#### JUGENDURLAUB

- 4.1 Schaffung von entsprechenden Unterkunftsmöglichkeiten und bessere Nutzung bestehender Sport- und öffentlicher Einrichtungen für den Jugendtourismus sowie Erstellung von geeigneten Packages.
- 4.2 Durchführung von Förderungsaktionen für jugendliche Touristen z.B. "Jahr des Rendezvous der Jugend in Österreich" oder "Altes Dorf für junge Leute".
- 4.3 Eine Vereinheitlichung der Altersgrenze von Preisermäßigungen für Jugendliche in den verschiedenen Bereichen ist anzustreben.

#### FAMILIENURLAUB

- 5.1 Schaffung und Aus- oder Umbau von gewerblichen Unterkünften, die für Familien mit Kindern geeignet sind.

- 5 -

Die gewerblichen Unterkünfte können durch das gewerbliche Appartement und das Privatquartier (Urlaub am Bauernhof) ergänzt werden. Die Unterkuftsgeber sollen in Zusammenarbeit mit lokalen und regionalen Fremdenverkehrsorganisationen zur Erhöhung der Auslastung dieser Unterkünfte zusätzlich entsprechende Einrichtungen für Kinder (Kinderspielplätze, Austoberäume, Kinderbibliotheken) als auch für Erwachsene (Sportanlagen, Spielotheken) schaffen.

- 5.2 Schaffung und Ausbau von öffentlichen Kinderspielplätzen, Freizeitanlagen und sonstigen Einrichtungen für Kinder.
- 5.3 Schaffung von Beschäftigungs- und Beaufsichtigungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche in der Unterkunft und/oder in den Fremdenverkehrs-Orten.
- 5.4 Erstellung günstiger Angebote für Familien mit familiengerechten Ermäßigungen für Kinder und entsprechende Informationen hierüber.

#### SENIORENURLAUB

- 6.1 Im Hinblick auf die Saisonungebundenheit der älteren Personen sollen Fremdenverkehrsorte bzw. - Regionen und Fremdenverkehrsbetriebe senioren gerechte Dienstleistungen anbieten und preisgünstige Pauschalangebote (auch bei Unterbringung in Einbettzimmern) erstellen.

#### NAHERHOLUNG

- 7.1 Die Naherholung muß als Teilbereich des Fremdenverkehrs betrachtet werden. Die Attraktivität der Naherholungsziele

- 6 -

muß erhalten und noch weiter gesteigert werden. Dazu ist Zusammenarbeit zwischen Ländern, Regionen und Gemeinden unbedingt erforderlich, da die einzelne Gemeinde im Erholungsgebiet überfordert ist, Erholungseinrichtungen für Bewohner des Ballungsraumes in ausreichendem Maße einzurichten und zu unterhalten. Gleichzeitig müssen Verkehrswege und Verkehrsmittel so planvoll geführt und geleitet werden, daß der Erholungswert der Landschaft nicht beeinträchtigt wird.

## ÖSTERREICHISCHER FREMDENVERKEHRSTAG 1976

### Ausschuß "Gesundheit und Kur"

#### R e s o l u t i o n

#### 1. Grundsätzliches zu Gesundheit und Kur

- 1.1. Der im österreichischen touristischen Image und Angebot enthaltene Gesundheitsgedanke soll forciert werden. Gesundheits- und Kurtourismus erfordern daher eine gezielte und leicht verständliche Information im In- und Ausland über den Wert des Erholungs- und Kuraufenthaltes, um so zu einer ausreichenden Motivation zu werden. Orte, die das Gesundheitsangebot in den Vordergrund stellen, bedürfen im Rahmen eines Gesamtkonzeptes für den Gesundheitstourismus einer besonderen Profilierung, um überzeugend zu wirken, im internationalen touristischen Angebot aufzufallen und den Kontakt zu den potentiellen Interessenten zu finden.
- 1.2. Heilbäder und Kurorte erfüllen im Gegensatz zu Krankenanstalten Mehrzweckfunktionen im Bereich des Fremdenverkehrs und des Gesundheitswesens. Diese Mehrzweckfunktionen erfordern in der Angebotsgestaltung eine besondere Beachtung der verschiedenen Zielgruppen. In wechselseitiger Ergänzung sollten dem "Fremdenverkehrsgast" der Erholungs- und Gesundheitsbereich und dem "Kurgast" der Erlebnisbereich des Tourismus offen gehalten und angeboten werden.
- 1.3. Gesundheitsbetonter Erholungsurlaub dient der Wiederherstellung und Steigerung der Leistungsfähigkeit sowie der Erhaltung der Gesundheit. Darüber hinaus liegt die besondere Aufgabe der Heilbäder und Kurorte auf dem Gebiet der Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit durch Prävention, Rehabilitation und Therapie. Dabei ist im gesamten Gesundheitstourismus die seelisch-geistige Betreuung des Gastes von Bedeutung.

- 2 -

- 1.4. Wahrung der Gesundheit liegt prinzipiell im eigenen Verantwortungsbereich des Menschen. Daher muß das Gesundheitsbewußtsein geweckt und durch Information und Motivation im gesamten Gesundheitswesen zur Gesundheitsbildung gefördert werden. Soweit diese die gesundheitsbetonte Erholung und die Kur betrifft, liegt sie im Aufgabenbereich der zuständigen Orte, die über die dazu notwendigen personellen und materiellen Voraussetzungen verfügen.
- 1.5. Die moderne Kur beruht auf dem Gedanken der Ganzheitsmedizin. Sie geht davon aus, daß der Mensch körperlichen, seelischen und sozialen Spannungen ausgesetzt ist, die durch die Mittel einer rein klinisch orientierten Medizin allein nicht zu beheben sind. Hier hat der Kurort in seiner Mehrzweckfunktion durch die Möglichkeit der Anpassung der ganzen Lebensweise seinen Beitrag zu leisten.

## 2. Forschung und Dokumentation

- 2.1. Im Rahmen der Forschung ist eine Intensivierung der Arbeiten über den Wert des Urlaubs aus medizinischer Sicht mit konkreten Aussagen und in Verbindung mit arbeits- und umweltsmedizinischen Ergebnissen notwendig. Diese sollen und können wertvolle Motivationsfaktoren in der Urlaubsplanung und der Marketingarbeit darstellen.
- 2.2. Durch die Veränderung unserer Umwelts- und Lebensbedingungen hat die balneologische und bioklimatologische Forschung besondere wissenschaftliche Aktualität erlangt. Diese Bestrebungen sind fortzusetzen und seitens der zuständigen und interessierten Stellen zu fördern.
- 2.3. Die Dokumentation und Koordinierung der Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der Balneologie, der Bioklimatologie und deren Grenzbereichen sollten wie derzeit von der Wissenschaftlichen Abteilung des Österreichischen Heilbäder- und Kurortverbandes durchgeführt werden. Zu diesem Zweck sollen die vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz für Dokumentation und Information im Rahmen der "Balneologischen und Bioklima-

- 3 -

tologischen Mitteilungen" bisher gewährten Zuschüsse auf ein ausreichendes Maß angehoben werden.

Außerdem sollten die zuständigen Stellen ein Konzept für die Einrichtung einer geeigneten Dokumentation entwickeln, die alle Forschungsergebnisse auf dem Gebiet des Gesundheitstourismus interdisziplinär zusammenfaßt. Dabei wäre eine Integration in eine gesamttouristische Dokumentation von vornherein anzustreben.

- 2.4. Bessere Auswertung und Nutzung von Forschungs- und Untersuchungsergebnisse betreffend den Gesundheitstourismus und den Kurerfolg sind anzustreben. Einzuschließen wäre dabei eine volkswirtschaftliche Beweisführung über den Wert der Erholungsurlaube und Kuren im Interesse der Volksgesundheit und in Form der Erhaltung von Arbeitskraft, Einsparung von Frührenten, Krankengeldern, insbesondere von Kosten für Krankenhausaufenthalt und ambulanter Behandlung. Eine Förderung dieser Tätigkeit im Rahmen der Grundlagenarbeit des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie wäre wünschenswert.

### 3. Zusammenarbeit mit Versicherungsträgern

Heilbäder und Kurorte und die in- und ausländischen Versicherungsträger stellen weitgehend aufeinander angewiesene Partner dar, die gemeinsam der Volksgesundheit dienen und sich dabei medizinisch und wirtschaftlich unterstützen, um die Durchführung ihrer Aufgaben gewährleisten zu können. Sie sollen gemeinsam versuchen, wirksame und kostensparende Wege der Gesundheitsvorsorge, Behandlung und Gesundheitsinformation zu gehen.

### 4. Berücksichtigung wirtschaftlicher Aspekte im Gesundheitstourismus

- 4.1. Die Kosten für die Erschließung und Nutzung von Heilvorkommen und die Errichtung von Gesundheitseinrichtungen sind außerordentlich hoch. Investitionen und Subventionen für Neuerschließungen, Neu-, Aus- und Umbauten sollen genaue Überlegungen, besonders über die Wachstumsgrenzen, vorausgehen, wobei Ausgestaltung und Verbesserung Priorität haben.



- 4 -

4.2. Den Kurorten sowie den an einer Entwicklung zu einem gesundheitsorientierten Ort interessierten Gemeinden sollen auf Wunsch Informationen sowie medizinische, technische, organisatorische und kommerzielle Beratung zur Verfügung gestellt werden, um ein Optimum an Resultaten zu erreichen, Bestehendes zu überdenken und Fehlinvestitionen zu vermeiden.

#### 5. Zielgruppe Pensionisten und Rentner

Für die Betreuung von Pensionisten und Rentnern im Sinne einer kommenden Gesundheitsvorsorge sollten mit der Fremdenverkehrswirtschaft und insbesondere mit den Heilbädern und Kurorten sowie Erholungsorten Gespräche geführt werden, um freie Kapazitäten zu nützen.

#### 6. Kurpaß mit Gesundheitsinformation

Zur besseren Integration des Kuraufenthaltes in die eigene Gesundheitspflege und als Orientierung für ein gesundes Verhalten könnte ein Kurpaß mit Informationen für den Kurgast dienen.

#### 7. Werbung

Angesichts der Bedeutung des Gesundheitsimage von Österreich soll in der offiziellen Werbung, abgesehen von gelegentlichen Schwerpunkten in anderen Bereichen des Angebotes, in kontinuierlicher Form besonderes Gewicht auf das Gesundheits- und Kurangebot unter Berücksichtigung des Erlebnisbedürfnisses seitens des Gastes gelegt werden.

## ÖSTERREICHISCHER FREMDENVERKEHRSTAG 1976

## Ausschuß "Kongress- und Städtetourismus"

R e s o l u t i o n

Der Ausschuß hat das vorliegende Arbeitspapier mit einigen kleinen Änderungen als Programmentwurf für die kommende Arbeit aller Stellen auf dem Gebiet des Kongress- und Städtetourismus angenommen.

Folgende Maßnahmen werden als besonders wichtig erachtet:

1.

Schaffung, Erneuerung bzw. Verbesserung der statistischen Unterlagen und Marktanalysen für den Städtetourismus, insbesondere durch regelmäßige Repräsentativerhebungen zu allen Fragen touristischer Bedeutung (Gästeaufkommen, benützte Verkehrsmittel, Aufenthaltsgestaltung, Angebotsbeurteilung, Konsumfreudigkeit, Tagesausflugsverkehr, Geschäfts- und Kongressreiseverkehr).

2.

Maßnahmen zur nachfragegerechten Entwicklung des touristischen Angebotes unter Beachtung der internationalen Konkurrenz im Städtetourismus sowie der Erfordernisse bei Kongressveranstaltungen.

- 2 -

3.

Es ist wichtig, daß eine Stelle des örtlichen Fremdenverkehrsamtes sich ausschließlich mit der Koordination, Beratung, Werbung Akquisition sowie der Erstellung von organisatorischen Grund- und Zusatzleistungen für Kongresse befaßt.

Dies soll in Zusammenarbeit mit der gewerblichen Wirtschaft (Hotellerie, Reisebüros, sonstige Dienstleistungsbetriebe) erfolgen. Es wird zunehmend wichtig, auch ein entsprechendes Programm (Unterhaltung, Sport) für Begleitpersonen von Kongressteilnehmern zu erstellen.

4.

Bildung von eigenen Kongressausschüssen in Kongressorten, die von den Stellen der öffentlichen Hand und der gewerblichen Wirtschaft besetzt werden.

5.

Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den österreichischen Kongressorten, die sich in wachsender Konkurrenz mit dem Ausland befinden, besonders auf dem Gebiete der gegenseitigen Information.

6.

Der internationale Markt für Kongresse erscheint in der gegenwärtigen Zeit ziemlich gesättigt. Es sollten daher neue Kongresstätten nur nach sorgfältiger Prüfung der Markt-

- 3 -

lage errichtet werden. Bei Neuschaffung von Kongresszentren sollten alle Voraussetzungen überprüft werden, um eine wirtschaftlich vertretbare Auslastung zu erreichen. Für kleinere Tagungen eignen sich Fremdenverkehrsbetriebe, die über entsprechende Einrichtungen verfügen (Mindestausstattungsrichtlinien für Tagungshotels!).

7.

Ausstattung österreichischer Vertreter bei internationalen Kongressen mit einem konkreten Leitfaden für die Akquisition von Kongressen nach Österreich (Erstellung ÖFWW in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Kongressverband).

8.

Förderung von Fremdenverkehrsgesinnung und -bewußtsein mit dem Ziel optimaler individueller Gastfreundschaft. Dazu: Koordination und Zusammenarbeit zwischen offiziellen Fremdenverkehrsstellen eines Ortes und der Fremdenverkehrswirtschaft, ferner allen anderen Ämtern, Stellen und Behörden, die direkt oder indirekt touristisch relevante Maßnahmen setzen (Schwachstellen- und Standortanalyse).

9.

Ausbau der touristischen Information durch zusätzliche Informationsstellen, örtliche Informations- und Reservierungssysteme, um Werbestellen und Wiederverkäufern den raschen Zugriff auf das touristische Angebot zu ermöglichen.

- 4 -

10.

Abstimmung der Fremdenverkehrspolitik der Städte auf ihre touristischen Funktionen.

11.

Erschließung neuer touristischer Märkte zur Gewährleistung einer möglichst breiten Basis von Herkunftsländern im Städte-tourismus.

12.

Sicherung eines angemessenen Platzes für die Städtewerbung im Arbeitsprogramm der ÖFW.

13.

Einführung der Mehrsprachigkeit bzw. internationaler Bildzeichen auf breiter Basis, insbesondere im Verkehrswesen (unter Beachtung bestehender gesetzlicher und vertraglicher Verpflichtungen) und im Zusammenhang mit touristischen Attraktionen (Museen, Besichtigungsmöglichkeiten, usw.).

14.

Koordination von Information und Kartenverkauf für kulturelle, sportliche und unterhaltende Veranstaltungen nach Marketinggesichtspunkten.

- 5 -

15.

Ausbau der Verkehrsverbindungen zwischen den Städten; im Luftverkehr Berücksichtigung fremdenverkehrspolitischer Notwendigkeiten bei der Gewährung von Verkehrsrechten und bei der Tarifpolitik. Bedachtnahme auf Abstellplätze für Autobusse bei touristischen Schwerpunkten.

16.

Für den Schwer- und Transitverkehr Schaffung von Umfahrungsmöglichkeiten sowie geeigneter Parkplätze.

17.

Errichtung weiterer Fußgängerzonen bzw. verkehrsarmer Zonen auch in den Städten; Propagierung geführter Stadtspaziergänge.

18.

Verstärkte Animierung der Gäste zur Benützung öffentlicher Verkehrsmittel im Stadtbereich durch Touristenfahrten, Netzkarten und mehrsprachige Informationen über Verkehrsverbindungen.

19.

Förderung der Einkaufsgelegenheiten für Gäste durch spezielle Informationen, gästefreundliche Öffnungszeiten, stadt- bzw. österreichspezifische Angebote.

20.

Überprüfung der Hotelkategorisierung im Hinblick auf die internationale Konkurrenzfähigkeit.

- 6 -

21.

Ausbau der Güteklassifizierung in der Gastronomie - Bezeichnung der einzelnen Kategorien mit werblichen Namen.

22.

Förderung der "lebenden Musik" in gastronomischen Betrieben.

23.

Förderung des für die Städte jeweils "typischen" Gastronomieangebotes und bodenständiger Formen der Gastlichkeit.

24.

Förderung aller Maßnahmen, welche die Qualität von Einrichtungen und Dienstleistungen im städtischen Fremdenverkehr erhöhen. Z.B.: Zusammenschlüsse von Betrieben zu Einkaufs-, Werbe- und Verkaufsringen, Koordinierung von Ruhetagen und Urlaubssperren, verstärkte Motivierung des Personals, Verbesserung der Ausstattung durch langfristige Kredite und andere Investitionsförderungen, Verbesserung des Standards von Information, Gepäckmanipulation, sanitären Anlagen, usw. im Bahnbereich.

25.

Förderung wirtschaftlicher, kultureller, technischer und wissenschaftlicher Veranstaltungen, Kongresse, Messen und Ausstellungen, besonders für Zeiträume schwacher Kapazitätsauslastung.

26.

Forcierung des Aktivtourismus (bewusste Freizeitgestaltung, Sport, Hobby, Unterhaltung), Ausbau von familienfreundlichen Einrichtungen

- 7 -

(Gästekindergärten, Kindermenüs, spezielle Veranstaltungen für Kinder, usw.), Schaffung spezieller Jugend- und Studienprogramme, sowie spezieller Seniorenprogramme auch im Städtetourismus.

27.

Hilfestellung bei lokalen, volkstümlichen Veranstaltungen, Märkten, Schaustellungen, etc. im Sinne einer Belebung der städtischen Atmosphäre.

28.

Hilfestellung der Städte bei der Dreharbeit für Filme.

29.

Besondere Bearbeitung des Firmen- und Incentivemarktes bei intensiver Kooperation mit der Wirtschaft in diesem Bereich.

30.

Schaffung sowohl fertiger als auch individuell zugeschnittener Programmvorschläge für Gäste und Wiederverkäufer.

31.

Schaffung von Besichtigungsmöglichkeiten entlang vorgeschlagener Routen je nach Interessensschwerpunkten der Gäste.



- 8 -

32.

Stärkere Einbeziehung der regionalen touristischen Angebote in Information, Werbung und Verkaufsförderung der Städte (Umland als Angebotsbereicherung). Ehestige Einrichtung von Verkehrsverbänden zur leichteren Erreichbarkeit regionaler Nahziele.

33.

Ständige Aktualisierung der Ausbildung bzw. des Wissensstandes der konzessionierten Fremdenführer.

## ÖSTERREICHISCHER FREMDENVERKEHRSTAG 1976

## Ausschuß " Umwelt "

## R E S O L U T I O N

1. Die Erhaltung und Pflege gesunder Umweltsbedingungen ist allen Vorhaben auch im touristischen Bereich voranzustellen. Die Belastungsgrenzen der touristischen Landschaft müssen koordiniert erforscht und bei allen wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen berücksichtigt werden. Die finanzielle Basis für Forschungsarbeiten auf diesem Gebiet muß auch unter dem Zwang allgemeiner Sparmaßnahmen gesichert werden. Ein Instrumentarium zur Vermeidung von Überbelastungen der Landschaft muß erstellt bzw. soweit bereits vorhanden, ausgeschöpft werden.
2. Die Raumordnung ist der entscheidende Angelpunkt für die zweckmäßige und schonende Nutzung der Landschaft. Ihr ist daher auch finanzpolitisch bei allen touristischen Erschließungsvorhaben und Kapazitätserweiterungen der Vorrang einzuräumen. Für bestehende und potentielle Fremdenverkehrsregionen sollen langfristige Entwicklungsleitbilder erstellt werden. Die öffentliche Förderung von Fremdenverkehrsinvestitionen soll an das Vorhandensein genehmigter Flächenwidmungs- und Bebauungspläne gebunden werden.
3. Förderungsmaßnahmen des Bundes und der Länder sollen koordiniert werden, um die Chancengleichheit der Gemeinden und ihrer Bevölkerung zu wahren und die Erfordernisse der Umwelterhaltung, der Raumordnung, des Verkehrs und des Fremdenverkehrs gleichsinnig erfüllen zu können. Da die Verwirklichung von Zielsetzungen der umweltbezogenen Fremdenverkehrspolitik in erster Linie im Bereich der Gemeinden und der dort tätigen Körperschaften erfolgt, sind diesbezügliche Förderungsmaßnahmen des Bundes und der Länder primär dort anzusetzen.

- 2 -

4. Aktiver Natur- und Landschaftsschutz im Rahmen der Erhaltung und vernünftigen Erschließung der Kulturlandschaft und unter Rücksichtnahme auf die Erfordernisse der Land- und Forstwirtschaft liegen im Interesse des Fremdenverkehrs. Darunter fällt auch die sinnvolle Nutzung des Erholungspotentials der Wälder und die Schaffung von Naturparken unter Anwendung des Forstgesetzes und landesgesetzlicher Regelungen. Gebietskörperschaften sollen die in ihrem Eigentum befindlichen Seeufer für eine Nutzung zu Fremdenverkehrszwecken kostenfrei zur Verfügung stellen. Zur Erhaltung und Pflege der charakteristischen, lebendigen Kulturlandschaft, die einen hohen Marktwert besitzt, sollten Abgeltungsmaßnahmen zugunsten der Agrarwirtschaft, eventuell die Errichtung eines Fonds zur Ausgestaltung der Landschaft für den Erholungsgebrauch, erwogen werden.
5. Die Ortsbildpflege als wichtige Voraussetzung der touristischen Anziehungskraft und Teil der allgemeinen Umweltpflege soll durch koordinierte Aktionen auf Gemeinde-, Regional- und Landesebene systematisch auf ein hohes Niveau gebracht werden. Die Erhaltung und Revitalisierung denkmalgeschützter Objekte und schutzwürdiger Ensembles sollte unter anderem durch finanzielle Förderung und steuerliche Begünstigungen erleichtert werden.
6. Für die wichtigsten Typen von Fremdenverkehrsgemeinden und -regionen soll ein Umweltspiegel mit Prüfliste und Maßnahmenkatalog in differenzierter Form ausgearbeitet werden.
7. Es ist ein Informationskonzept zu erarbeiten, das auf allen geeigneten Ebenen die umfassende und permanente Orientierung der Bevölkerung sowie der Gäste über Maßnahmen und Erfordernisse zur Erhaltung der umweltabhängigen Fremdenverkehrsgrundlagen gewährleistet.

- 3 -

8. Die vom Österreichischen Gemeindebund angeregte Aktion zur Beratung der Gemeinden auf dem Sektor des Fremdenverkehrs, mit in Aussicht gestellter Unterstützung des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie sowie anderer einschlägiger Institutionen, wird zur ehesten Durchführung empfohlen.

## ÖSTERREICHISCHER FREMDENVERKEHRSTAG 1976

## Ausschuß "Wirtschaft"

## R e s o l u t i o n

=====

Der Ausschuß "Wirtschaft" will seine Resolutionen an den Österreichischen Fremdenverkehrstag 1976 im Sinne einer gesamthaften Fremdenverkehrspolitik ausgelegt und aufgefaßt wissen, dies unter voller Wahrung der bestehenden Kompetenzen und basierend auf der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Gemeinden, Ländern und Bund, den Prinzipien des kooperativen Bundesstaates folgend.

Der Rahmen der Resolutionen ist in einer verstärkten Bemühung um die Person des Gastes unter Ausnützung aller Kooperations- und Rationalisierungsmöglichkeiten der mit dem Fremdenverkehr befaßten Institutionen zu sehen.

1. In der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft dominieren die Klein- und Mittelbetriebe insbesondere in Form von Familienbetrieben. Gerade diese Betriebe ermöglichen das spezifisch österreichische Urlaubsangebot im Erholungstourismus. Vorrangiges Ziel ist daher die Erhaltung einer gesunden Fremdenverkehrswirtschaft auf dieser Basis.

Die mittleren und größeren Betriebe in den Städten sollten ihre Kapazitäten im Sinne eines modernen Städtetourismus als spezifisch eigenständige Form vermehrt auf Flug-, Charter- und Gruppenreisen einstellen.

2. Die Anzahl der Betten und der Fremdenverkehrseinrichtungen hat in Österreich eine der derzeitigen Nachfrage - insbesondere auch bei den Privatbetten - entsprechende Höhe bereits überschritten. Eine weitere ungehemmte Ausweitung der gewerblichen und privaten Bettenkapazität ist nicht angebracht.

- 2 -

3. Der Bedarf an Beherbergungskapazitäten auf Grund der künftigen Bildungsfreistellung sollte vornehmlich von den bestehenden leistungsfähigen österreichischen Beherbergungsbetrieben gedeckt werden.
4. Um den ständig steigenden Anforderungen der Gäste und der immer größer werdenden Konkurrenz der Fremdenverkehrsländer zu entsprechen, stand die Anhebung der Qualität in der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft bereits in den zurückliegenden Jahren im Vordergrund. Es wird auch weiterhin der Schwerpunkt in der Verbesserung der Qualität von Ausstattung und Leistung zu suchen sein, insbesondere im Hinblick auf die Vielschichtigkeit des Angebotes, unter Wahrung des spezifisch österreichischen Charakters.
5. Die Betriebsberatung soll auf breiter Basis in allen Zweigen der Fremdenverkehrswirtschaft verstärkt fortgesetzt werden. Im Sinne einer Aktualisierung des betriebswirtschaftlichen Datenmaterials und seiner praxisbezogenen Auswertung für die Betriebe sollten die laufenden Erhebungen auf EDV-Einrichtungen umgestellt werden.
6. Die Fremdenverkehrswirtschaft ist als Dienstleistungsbranche in hohem Maße personalintensiv. Die schwierige Situation auf dem Arbeitskräftesektor im Zusammenhang mit der starken Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften bringt schwerwiegende Probleme, da eine klaglose qualitativ hochwertige Dienstleistung ohne Hilfskräfte als Basis hierfür in Frage gestellt ist. Daher soll die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte in der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft derart geregelt werden, daß eine rasche und reibungslose Einstellung von Gastarbeitern gewährleistet ist.

- 3 -

7. Ein wesentliches Merkmal des österreichischen Fremdenverkehrs, insbesondere des Sommerfremdenverkehrs und hier der Einsaisonbetriebe ist seine Abhängigkeit von verschiedenen Faktoren (Wetter, Ferien etc). Neue Akzente im Fremdenverkehrsangebot sollen daher durch Einrichtungen zur Saisonverlängerung und zur Überbrückung von Schlechtwetterperioden gesetzt werden. Hierzu zählen Einrichtungen zur Ausübung von Sportarten unter Dach, weiters Hobbyeinrichtungen und Vergnügungsstätten sowie Aufenthaltsmöglichkeiten und Unterhaltungseinrichtungen.

Eine wirtschaftsgerechte Änderung der gebührenrechtlichen Situation bei der Benützung von Fernsehgeräten ist ebenfalls aus dieser Sicht dringend geboten.

8. Zur Sicherstellung der Finanzbasis der Gemeinden für Fremdenverkehrsinvestitionen, vor allem auf dem Sektor der regionalen Infrastruktur, sollte der Finanzausgleich überprüft werden. Die Fremdenverkehrsgemeinde hat nämlich nicht nur für die Erfordernisse ihrer Einwohner, sondern auch für jene der Gäste zu sorgen.
9. Marktforschung, Angebotserstellung, Werbung und Verkauf sind ständig an der Nachfrage zu orientieren, sowohl hinsichtlich des Inländer-, des Naherholungs- und des Ausländerfremdenverkehrs. Die flächenmäßige Versorgung mit Vermittlungs-, Informations- und Verkaufseinrichtungen sollte verstärkt werden, um ein für den Gast reibungsloses Anbot der Leistungen der Fremdenverkehrswirtschaft durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen. Dazu gehört die regionale Aufbereitung insbesondere des Bettenangebotes im Sinne einer raschen und richtigen Information des Gastes durch Reisebüros, Angebotsringe, regionale Bettenzentralen und Kooperationsformen. Hierzu sollten geeignete praxisorientierte Modelle erstellt und geprüft werden.

- 4 -

10. Die österreichische Gastronomie muß in ihrem Niveau erhalten werden und bedarf der gleichen Förderung wie das Beherbergungsgewerbe. In Ergänzung der Prämienaktion "Jederzeit warme Küche" sollen zusätzliche Maßnahmen zur weiteren Hebung des qualitativen Angebotes der gastronomischen Betriebe geprüft werden.
11. Die Belastung der Fremdenverkehrsleistung durch öffentliche Abgaben und Tarife hat ein Ausmaß erreicht, das bereits ihre Konkurrenzfähigkeit in Frage stellt. Eine neue Ordnung unter Berücksichtigung der volkswirtschaftlichen Bedeutung des Tourismus scheint daher dringend geboten.

Insbesondere erscheint zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber unseren Hauptkonkurrenzländern eine geringere Besteuerung der Extras notwendig, vor allem auf dem Getränkesektor.

Eine strukturelle Besonderheit der Fremdenverkehrswirtschaft stellt ihre relativ hohe Fremdkapitalquote und unzureichende Ausstattung mit Eigenkapital dar. Es wären daher die nötigen Voraussetzungen zur verstärkten Eigenfinanzierung zu schaffen, vor allem im Wege einer Minderung der drückenden Steuerbelastung.

Angesichts der Aufwendigkeit und Kompliziertheit der öffentlichen Abgabenverrechnung, unter der vor allem die Kleinbetriebe leiden, erscheint eine Veränderung des Steuereinkaufsverfahrens sowie eine Vereinfachung der Abgaben- und Lohnverrechnung sowie eine Erleichterung der Aufzeichnungspflichten für Kleinbetriebe notwendig.

Diese Tatsachen sollten Bund, Länder, Gemeinden und die Wirtschaft zwingen, Verhandlungen zu führen, die Belastung der Fremdenverkehrswirtschaft erträglich zu gestalten.



- 5 -

12. Bei künftigen währungspolitischen Maßnahmen sollte mehr Rücksicht auf die Belange des Fremdenverkehrs genommen werden.
13. Die Fremdenverkehrswirtschaft und Kooperationsformen innerhalb dieser sollen durch Förderung in die Lage versetzt werden so rationell wie möglich zu arbeiten, ohne daß jedoch die Dienstleistung für den Gast gemindert wird. Unter dieser Prämisse sind auf dem Förderungssektor anzumerken:
  - 13.1. Entwicklung gemeinsamer Antragsformulare für sämtliche Fremdenverkehrsförderungen und Schaffung einer gemeinsamen Einreichstelle;
  - 13.2. Weitere Vereinfachung und Beschleunigung der Bewilligungsverfahren;
  - 13.3. Stete Anpassung der Fremdenverkehrsförderung und deren Koordinierung an die Entwicklung des Fremdenverkehrs und der Bedürfnisse der Fremdenverkehrswirtschaft;
  - 13.4. Nur fremdenverkehrspolitisch vertretbare Förderungen von Kapazitätserweiterungsinvestitionen;
  - 13.5. Förderung von Investitionen im Sinne eines fremdenverkehrsorientierten Umweltschutzes.
14. Um im Fremdenverkehr zu einer besseren Koordinierung zu gelangen, soll die Arbeit des Kuratoriums des österreichischen Fremdenverkehrs auch im Sinne der Erfüllung der Resolutionen des österreichischen Fremdenverkehrstages noch mehr intensiviert werden.